

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis 5 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postämter. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Rasner, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate: Die vierspaltige Komparatzeile oder deren Raum 4 Mk.  
Arbeitervermittlungen 2 Mk. pro Zeile.  
Verbandsanzeigen 75 Pf. pro Zeile.

### Der zwölfte Verbandstag.

Hamburg, den 11. Juni.

Ein tüchtiges Gewitter ist über Hamburg niedergegangen, als unser Verbandstag eben beendet war. Das Wetter konnte aber die Stimmung der Delegierten nicht beeinträchtigen. Sie haben sich mit dem Bewußtsein getrennt, daß in der abgelaufenen Woche gute Arbeit für die Organisation geleistet wurde.

Der Verbandstag in Hamburg hat keine grundsätzlichen Änderungen für unsern Verband gebracht; er hat im Gegenteil das Verbandsstatut fast unverändert gelassen und im Hinblick auf unser wichtigstes Tätigkeitsgebiet, die Föhrung unserer Lohnbewegungen, hat er in der Hauptsache frühere Verbandsratsbeschlüsse bestätigt. Aber trotzdem bedeutet der Hamburger Verbandstag einen wichtigen Markstein in der Entwicklung unseres Verbandes.

Als das hervorsteckendste Ergebnis des Verbandstages möchten wir die einstimmig erfolgte Wiederwahl der Verbandsbeamten bezeichnen. Nicht daß wir daran gezweifelt hätten, daß sie mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt werden würden, aber die einstimmige Wahl in diesem Augenblick hatten wir doch nicht erwartet. Der innere Gesundungsprozeß in unserm Verband hat große Fortschritte gemacht. Der Verlauf des Verbandstages berechtigt zu der Erwartung, daß auch die letzten unerfreulichen Reste aus der Zeit voll Sturm und Drang, die hinter uns liegt, bald verschwinden sein werden, und daß sich alle Mitglieder wieder zusammensuchen werden, um im Verband Gewerkschaftsarbeit zu leisten.

Die einstimmige Wahl der Vorstandsbeamten hat um so mehr überrascht, als ihre heftigen Debatten vorausgegangen waren. Als sich in der Aussprache über die gewerkschaftlichen Zeit- und Streifenfragen die Rängen kreuzten, da hat sich unser Verbandsvorsitzender Tarnow als glänzender Fechter erwiesen, und für seine Widersacher bedeutet es keinen Makel, von einem solchen Gegner in den Sand gestreut worden zu sein. Esehrt sie, daß sie sich den Wind nicht kriegen ließen und durch ihre Stimmgabe beludeten, wie sehr sie davon überzeugt sind, daß in der Person des Verbandsvorsitzenden und seiner Mitarbeiter die richtigen Männer am rechten Platze stehen.

Im Gegensatz zu der Wahl der Vorstandsbeamten machte die Wahl der Beisitzer im Verbandsvorstand Schwierigkeiten. Die Berliner Delegierten empfanden es als eine Zurücksetzung für ihre Mandatgeber, daß die Beisitzer im Verbandsvorstand nicht mehr direkt von der Verwaltungsstelle, sondern nach deren Vorschlag durch den Verbandstag gewählt werden sollen. Der Zweck dieser Satzungsänderung ist es, die Beisitzer im Vorstand unabhängiger von den örtlichen Strömungen zu machen. Es entspricht den Tatsachen, wenn darauf hingewiesen wurde, daß auch in Berlin das Verbandsleben in einem Gesundungsprozeß begriffen sei. Die Befürchtung ist aber unseres Erachtens nicht begründet, daß dieser Gesundungsprozeß durch die Beschlüsse des Verbandstages gestört werden könnte.

Die Lohn- und Vertragsbewegung hat einen ziemlich breiten Raum in den Verhandlungen eingenommen. Es war vorauszusehen, daß der Bericht über die immer noch nicht beendeten Verhandlungen über den Reichsmantelvertrag keine sonderliche Befriedigung auslösen würde. In der Tat ist auch mit der Kritik nicht zurückgehalten worden. Über diese Kritik traf die Sache und ließ den Mitgliedern der Verhandlungskommission Gerechtigkeit widerfahren. Die Annahme der vorgelegten Resolution bedeutet für sie ein Vertrauensvotum, das ihnen für die nun folgenden Verhandlungen den nötigen Rückhalt gibt.

Das Referat des Kollegen Jahn über Aufgaben und Organisation der Betriebsräte wurde von den Delegierten, unter denen sich sehr viele befanden, die auf diesem Gebiet praktisch tätig sind, mit großer Aufmerksamkeit angehört. Es war aber auch das Produkt fleißiger Arbeit. Der Redner beherrschte den Stoff; er hat das Problem am richtigen Ende angefaßt und es mit aller Gründlichkeit beleuchtet. Der Beschluß, den Vortrag im Sonderdruck herauszugeben, ist eine besondere Anerkennung für den Redner; er entsprang aber auch dem Wunsche, das wertvolle Material recht weit in die Kreise derer zu verbreiten, die daraus lernen und es praktisch ausnützen sollen.

Ein Rabinettstück war die Rede Tarnows über das Thema „Gewerkschaftliche Zeit- und Streifenfragen“. Nicht nur ihres Inhalts wegen, auch die Art des Vortrages bereicherte den Zuhörern einen ästhetischen Genuß. Tarnow behandelte eine Reihe verschiedener Fragen und zeichnete gewissermaßen ein Programm für unsere künftige Verbandsarbeit. Im Rahmen dieses Vortrages wurde der anschließenden Aussprache erhielt die kommunistische Keimzellebewegung eine größere Bedeutung, als sie eigentlich in unserm Verbandsleben hat. Von den 77 Delegierten, die in der namentlichen Abstimmung gegen den hieraus folgenden Passus der Resolution stimmten, war nur ein kleiner Teil Mitglied der kommunistischen Partei, und unter den übrigen dürfte die Begeisterung für die Bildung von Keimzellen im Verband durchaus nicht allgemein sein. Die einwandfreie Deutlichkeit wurde überdies zum Ausdruck gebracht, daß der Beschluß des Verbandstages sich nur gegen die Keimzellen, nicht aber gegen die Mitglieder der kommunistischen Partei richtet. Als es sich um die Wahl der Beisitzer im Verbandsvorstand handelte, sprach sich der Verbandsvorsitzende mit großer Wärme für die

Wiederwahl zweier Kollegen aus, die Mitglieder der kommunistischen Partei sind, die er aber auch als tüchtige Verbandsmitglieder schätzen gelernt hat.

Mit der Annahme des Statuts für die Unterstützungskasse hat der Verbandstag es lediglich ermöglicht, daß Beschlüsse früherer Verbandstage endlich in die Tat umgesetzt werden können. Die Einbeziehung der ehrenamtlich tätigen Funktionäre, die im Verbandsdienst einen Unfall erleiden, in die Versicherung ist keineswegs eine Dekoration. Die Fälle, daß aus derartigem Anlaß die Unterstützung des Verbandes in Anspruch genommen werden müßte, sind schon mehrfach vorgekommen. In der Hauptsache wird aber die Einrichtung den besoldeten Funktionären zugute kommen. Sie werden für die ihnen gewährte Invaliditätsunterstützung und für die Witwen- und Waisenernährung ansehnliche Beiträge entrichten. Ob diese Beiträge für die Leistungen der Kasse ausreichen werden, muß man abwarten. Aber es ist eine Ehrenpflicht für den Verband, für die Zukunft der in seinem Dienst alt und moresch gewordenen Angestellten zu sorgen. Der Wunsch, daß in gleicher Weise für alle Arbeiter gesorgt werden möge, ist gewiß berechtigt, aber der Umstand, daß es noch nicht gelungen ist, darf kein Hindernis dafür sein, daß der Verband als Arbeitgeber in der Erfüllung von Arbeitsgepächtspflichten vorbildlich ist.

In den Verhandlungen des Verbandstages kam an zahlreichen Stellen zum Ausdruck, daß das Tätigkeitsgebiet des Verbandes eine gewisse Umstellung erfahren hat. Nach wie vor bleibt die Erringung günstiger Arbeitsbedingungen die wichtigste Aufgabe des Verbandes. Wir sind eine Kampforganisation, und wo es not tut, werden wir nach wie vor im Kampf unsern Mann stehen. Aber unser Aufgabekreis hat sich erweitert; wir können uns nicht mehr darauf beschränken, Lohnpolitik zu treiben, wir müssen auch der Wirtschaftspolitik unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Außerlich hat das der Verbandstag zum Ausdruck gebracht, indem er einmütig der vom Vorstand beschlossenen Anstellung eines Volkswirtschaftlers zustimmte. Wir werden alle noch recht viel lernen müssen, bis wir in der Wirtschaftspolitik in der gleichen Weise unsere Aufgabe erfüllen können, wie wir es auf dem Gebiet der Lohnpolitik tun.

Manche Delegierte werden das Gefühl haben, als sei die Beratung der Vnträge etwas zu kurz gekommen. Das ist in gewisser Beziehung richtig. Trotz fleißiger Arbeit — der Verbandstag hat den durch den Ausflug verlorenen halben Tag durch Überstunden wieder eingebracht — blieb für diesen Punkt der Tagesordnung wenig Zeit. In Wirklichkeit ist aber dadurch nicht viel verloren worden. Es war diesmal, wo wichtige Änderungen des Statuts nicht in Frage kamen, kein Unglück, daß mehr Zeit auf die Erörterung der großen Fragen verwendet wurde, die den Verbandstag beschäftigt haben.

Alles in allem genommen kann man sagen, daß der 12. Verbandstag gute Arbeit geleistet hat. In seinem Schlusswort sprach Tarnow davon, daß der Verbandstag einen Fortschritt gegenüber den letzten Jahren gezeigt habe. Wir konnten wieder gewerkschaftlich diskutieren, ohne daß dabei die Hirne von politischen Schlagwörtern umnebelt waren. Das ist ein großer Gewinn, den uns der Verbandstag gebracht hat. Wenn der Verbandstag ein Spiegelbild des Gesamtverbandes war, dann dürfen wir hoffen, daß die innere Einigkeit bald völlig wieder hergestellt sein wird. Sie ist aber auch die Voraussetzung dafür, daß wir nach außen von unserer Kraft den notwendigen Gebrauch machen können.

Wir lassen nachstehend den Verhandlungsbericht folgen.

### Die Eröffnungsitzung.

Der große Saal des prächtigen Hamburger Gewerkschaftshauses prangte am 5. Juni in Festeschnud. Die Hamburger Kollegen boten den Delegierten ihren Willkommengruß, indem sie ihnen unter Mitwirkung künstlerischer Kräfte ein Festkonzert veranstalteten. Unruhnt von diesem Fest erfolgte in herkömmlicher Weise die Eröffnung des Verbandstages. In seiner Begrüßungsansprache wies der Vorsitzende der Hamburger Verwaltungsstelle, Kollege Bannwolf, auf die Bedeutung Hamburgs für den deutschen Handel und für die deutsche Wirtschaft hin und auf den schweren Schlag, den Hamburgs Handel infolge des Krieges erlitten hat. Ungeheuer groß ist die Arbeitslosigkeit auch in Hamburg. In seinen weiteren Ausführungen lenkte er die Aufmerksamkeit auf das Schärnwachertum, das in Hamburg einen seiner wichtigsten Sätze hat; Hamburg ist aber zugleich auch seit langem ein Zentrum der deutschen Arbeiterbewegung. Auf politischem, genossenschaftlichem und gewerkschaftlichem Gebiet hat Hamburgs Arbeiterchaft Vorbildliches geleistet. Zum Schluß gab Bannwolf einen gedrängten Überblick über die Entwicklung der Organisation der Holzarbeiter in Hamburg.

Dann nahm der Verbandsvorsitzende, Kollege Tarnow, das Wort zur Begrüßung der Delegierten und besonders der zahlreich erschienenen Gäste aus dem Ausland. Angemeldet und zum größten Teil bereits anwesend sind die Kollegen Boudenberg (Amsterdam), der Vorsitzende der Internationalen Union der Holzarbeiter, Ferner vom schwedischen Sägewerksarbeiter-Verband Svenlow, vom schwedischen Holzarbeiter-Verband Linde, vom englischen Möbelarbeiter-Verband Gossip, von den deutschen Holzarbeitern in der Tschecho-Slowakei Lapal, vom österreichischen Holzarbeiter-Verband Groß, vom Schweizerischen Holz-

arbeiter-Verband Reichmann und Wyß, aus Luxemburg Schintgen und Scheffle, vom Dänischen Tischler-Verband Martin Petersen, vom Dänischen Sägewerksarbeiter-Verband B. S. Petersen, aus Norwegen Skjold. Als Vertreter des A. O. G. B. nimmt Graßmann an den Verhandlungen teil. Von den Brüderverbänden aus Frankreich, Belgien, Ungarn und im Oberelsaß sind Begrüßungsschreiben eingegangen. Tarnow weist auf die Bilder unserer früheren Verbandsvorsitzenden Kloss und Neumann hin, die auf der Bühne des Saales aufgestellt sind und gedenkt besonders des Kollegen Adam Neumann, der eng mit Hamburg verwachsen war, und der mitten im Kampf für die Interessen der deutschen Holzarbeiter in Hamburg gefallen ist. Elf Jahre nach Karl Kloss, der gleichfalls im Verbandsdienst in Hamburg vom Tode ereilt wurde, Hamburg ist der Mutterboden unserer Organisation. Hier wirkte von 50 Jahren Theodor York, hier war der Sitz der Vereinigung der Drechsler, aus der Legien und Leipart hervorgegangen sind; aber auch die meisten anderen Berufsorganisationen, die sich später dem Deutschen Holzarbeiter-Verband angeschlossen, hatten ihren Sitz in Hamburg. In seinen weiteren Ausführungen wirt Tarnow einen Blick auf die verheerenden Folgen des Krieges und auf die Entwicklung des Verbandes nach dem Kriege. Wie sich die Zukunft gestalten wird, vermag niemand voraussagen. Deutschland ist noch unmittelbar von schweren Gefahren bedroht. In Oberschlesien ringen wir um die Erhaltung eines Stüdes deutschen Bodens, das für unser ganzes Volk von der größten Bedeutung ist. Schwere Lasten legt uns der Friedensvertrag auf. Wir wollen alles tun, um diese Lasten zu tragen, aber wir haben Ursache, Anlässe zu erheben, daß man uns noch nicht Gelegenheit gegeben hat, unseren Aufbauwillen in die Tat umzusetzen. Wenn jetzt der Aufbau praktisch in Angriff genommen wird, dann ist das ein Erfolg des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Die Lasten des Versailler Vertrages werden wir nur tragen können, wenn wir von der privatkapitalistischen Profitwirtschaft übergehen zur Bedarfswirtschaft und Gemeinwirtschaft. Das beginnen auch die bisherigen Gegner der Gemeinwirtschaft zu begreifen. Damit beginnt auch für die Gewerkschaften und für unseren Verband eine neue Epoche. Wir müssen in die Wirtschaftspolitik hineinstiegen, und wir werden uns die Fähigkeiten aneignen, um die neuen Aufgaben zu bewältigen. Mit dem Wunsch, daß der Verbandstag seiner Aufgabe gerecht werde, und daß wir in dieser Waffenschmiede der Hamburger Arbeiterchaft auch Waffen für unseren Verband schmieden, erklärt Tarnow den zwölften Verbandstag für eröffnet.

Kollege Kahl (Breslau) erhebt dann namens der schlesischen Kollegen einen flammenden Protest gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens durch die Polen. Er erwähnt dabei, daß sich die Verfolgungswut der Polen hauptsächlich gegen die Gewerkschaftsfunktionäre richtete. Auch der zum Verbandstag gewählte Kollege Roschel ist ihr Opfer geworden. Er ist nicht erschienen, weil er einem Verzicht auf seine polnische Staatsbürgerschaft nachgegeben hat.

Nachdem noch Boudenberg (Amsterdam) im Namen der ausländischen Gäste Begrüßungsworte an die Delegierten gerichtet hat, erfolgt die Konstituierung des Verbandstages.

Nach dem Vorschlag der Vorbereitungscommission werden Tarnow und Bannwolf zu Vorsitzenden gewählt. Mit der anschließenden Wahl der Schriftführer und der verschiedenen Kommissionen ist der geschäftliche Teil der Sitzung erledigt.

### Erster Verhandlungstag.

Montag, den 6. Juni.

Die vorgeschlagene Geschäftsordnung des Verbandstages wird dahier geändert, daß ein Antrag auf namentliche Abstimmung von 50 statt bisher von 20 Delegierten unterstützt werden muß. Weitere Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung werden abgelehnt. Ebenso werden die Anträge abgelehnt, die eine Änderung der vorgesehenen Tagesordnung bezwecken. Das gleiche Schicksal hat ein Antrag auf Bestellung eines Korreferenten zu dem Punkt „Gewerkschaftliche Zeit- und Streifenfragen“.

Es folgen Begrüßungsansprachen der Kollegen Martin Petersen (Kopenhagen) für die Gäste aus Skandinavien; Groß (Wien) spricht für Österreich und die Tschecho-Slowakei, Reichmann (Zürich) für Luxemburg und die Schweiz. Dann nimmt zum

### Bericht des Verbandsvorstandes

Tarnow das Wort. Er widmet zunächst den in den letzten Jahren verstorbenen Kollegen einen warmen Nachruf, insbesondere dem Kollegen Neumann, den Gauvorsteher Berlitz und Stübe sowie Karl Legien. Nach einem Hinweis auf die gedruckt vorliegenden Berichte behandelt er die Ausführung der Aufträge, die dem Vorstand vom vorigen Verbandstag übertragen wurden. Der Vorstand hat den eingetretene Personenwechsel schwer empfunden. Leipart und Neumann waren die Säulen des Verbandes. Die neuen Männer im Vorstand haben noch viel zu lernen, um das zu leisten, was jene getan haben. Die alten Aufgaben des Verbandes sind gewachsen, zu ihnen sind neue hinzugekommen. Die Zahl der Angestellten auf dem Hauptbureau ist von 26 vor dem Krieg auf jetzt 47 gestiegen, aber die in der gleichen Zeit eingetretene Verdoppelung der Mitgliederzahl bedeutete nicht nur eine Verdoppelung, sondern eine Verdreifachung

der Verbandsarbeit. Schon allein die Einführung von zehn Verbandsstellen verursacht eine Menge Mehrarbeit. Die Zahl der Lohnbewerger betrug in der Periode 1912/13 1037 mit 136 000 Beteiligten, 1919/20 waren es 6343 Lohnbewerber mit 982 000 Beteiligten. In der gleichen Zeit ist die Zahl der im Hauptbureau erledigten Übertritte von 6000 auf 54 788 gestiegen. Die Angestellten haben mit großem Fleiß gearbeitet, und es werden sich weitere Anstellungen erforderlich machen, um ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Die Mitgliederzahl ist von Ende 1918 bis Ende 1920 von 168 000 auf 370 000 gestiegen. Es war schon höher. Der Verlust dürfte zum Teil auch auf unglückliche Ereignisse im inneren Verbandsleben zurückzuführen sein. Das durch die Tätigkeit der Kommunisten nur einen verhältnismäßig geringen Umfang angenommen haben, ist der Haltung des Vorstandes zu danken, der sich möglichst wenig um sie kümmerte. Unser Verband ist innerlich gesund und imstande, solche Geschwüre aus eigener Kraft abzustossen und zu heilen. In einigen Fällen sah es allerdings böse aus. Aber nach kurzer Zeit kamen die Kollegen von selbst zu dem Erkenntnis, daß es Unheil sei, sich gegenseitig zu bekämpfen. Sie haben sich unter sich und mit dem Vorstand geeinigt. Ernstliche Differenzen gab es nur in Halle. Wir konnten die Verwaltung nicht beistimmen, weil sie die allgemeinen Gewerkschaftsgrundsätze direkt vertritt hat. Auch der Vorstand des N. D. G. V. war geneigt, einzugreifen und einen neuen Ortsausschuß einzusetzen. Von unserer Ortsverwaltung verlangten wir eine Garantie für die Einhaltung der Verbands- und Gewerkschaftsentschlüsse. Wir haben den Verbandstag abgeworfen und ich hoffe, daß die Delegierten aus Halle in ihrer Heimat beistimmen, daß die verlangte Erklärung abgegeben wird.

Zur Erfüllung unserer neuen wirtschaftspolitischen Aufgaben reichen unsere eigenen Kräfte und Kenntnisse nicht aus. Wir haben schon lange nach einer volkswirtschaftlich gebildeten Kraft Ausschau gehalten. Es war schwer, eine solche zu finden wegen der besonderen Anforderungen, die wir stellen wollten. Schließlich ist es uns gelungen, den geeigneten Mann in der Person des Dr. Casau zu finden, der schon in seiner Studentenzeit intim mit unserem Verband verknüpft und ihn zum Gegenstand seiner Doktorarbeit gemacht hat. Er hat später an der „Sozialen Praxis“ gearbeitet, sich mehrere Jahre aktiv an der Genossenschaftsbewegung beteiligt und war zuletzt im Reichswirtschaftsministerium tätig. Seit Anfang Mai haben wir ihn auf unserem Bureau beschäftigt in der Hoffnung, daß der Verbandstag seine dauernde Anstellung beschließen wird.

Unsere Zeitschrift hat sich günstig entwickelt. Das gleiche kann von „Rachblatt für Holzarbeiter“ gesagt werden, das jetzt 22 000 Abonnenten hat.

Ein sehr schweres Problem ist die Arbeitslosenfrage. Wenn es auch nicht gelungen ist, die Not zu beseitigen, so muß doch anerkannt werden, daß von den gewerkschaftlichen Organisationen sehr viel getan worden ist. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kommen zwei Wege in Betracht. Die Überwindung der Arbeitslosen ist ein primitiver Versuch, aber trotzdem wurden wir sie fordern. Wir sagten: Gebt uns Arbeit, wenn das nicht möglich ist, dann müßt ihr uns unterstützen. Für den Krieg als unsere Wirtschaft in Würde stand, gab es keine Fürsorge für die Arbeitslosen, wohl aber jetzt, wo sich das Reich eigentlich schon mitten in der Rente befindet. Das wurde nur erreicht durch die Macht der Arbeiterbewegung. Auf das Drängen der Gewerkschaften wurden die Fälle der Arbeitslosenunterstützung erhöht. Um das Recht grundlegend zu erhalten, haben die Gewerkschaften die bekannten zehn Forderungen aufgestellt. In erster Linie wird verlangt, daß Arbeit beschafft wird. Bei den Staatsbetrieben muß der Unternehmerzweck möglichst ausgeblendet werden. Bei der Auftragsvergebung muß den Gewerkschaften ein Mitspracherecht und Kontrollrecht eingeräumt werden. Nur wenn keine Arbeit beschafft wird, ist Unterstützung zu gewähren. Die Bezirksverwaltung will Arbeit an den Markt auftrage vergeben. Es sind hierbei Kontrollinstanzen geschaffen worden, sowohl zentral als auch bei den einzelnen Eisenbahndirektionen, in denen sich überall auch Vertreter unserer Verbände befinden.

Sehr wichtig für die Wiederaufrichtung der Wirtschaft ist die Bekämpfung der Faulstille. In den Jahren 1918 bis 1920 wurden 41 Milliarden Mark an Passivschulden angewendet; 1921 betrug die Zahl 121 und 3,7 Milliarden Mark eingeschüttet. Das hat zu großen Schäden geführt. Wenn man sagt, es genügt nicht, dann muß man auch die Schwierigkeit der Ausbringung der Passivschulden in Betracht ziehen. Um den vorhandenen Passivschulden zu beseitigen, müssen jährlich 25 000 Millionen Mark erwirtschaftet werden. Jede Rechnung folgte demnach 60 000 Mark, aber nur 10 000 Mark werden durch die Arbeit erwirtschaftet. Es ist also ein Zustand von 50 000 Mark Faulstille erforderlich. Die 15 Milliarden Mark Faulstille, die dazu notwendig sind, waren nicht auszubringen. Deshalb kann man in das Handgewerbe müssen noch viel mehr Schulden gesteckt werden.

Wir haben eine andere Wirtschaftsweise verlangt. Es sollen ohne Rücksicht auf die kapitalistische Privatwirtschaft gewisse Dienstleistungen aber ein Mitwirkungs- und Kontrollrecht eingeräumt werden. Auf diesem Gebiet ist manches erreicht worden, was bei der strikten Kennnis entzieht. Es stehen an der Ausführung des Programms für den Arbeiter beteiligt. Der verlangte wir die Mitarbeiter der Gewerkschaften und die Auskultation des Unternehmens. Der Reich soll den Wiederaufbau als Generalauftrag anstellen, entweder in eigener Regie oder durch den Vorstand der Betriebe, die sozialisierten Betriebe. Die Durchführung unseres Programms wird weniger von der Haltung als von der transparenten Regierung abhängen. Der Arbeiter in jeder Branche der Wiederaufbau organisieren, was das Arbeitslosenproblem wird dadurch zwar gelöst, aber das seiner Lösung nähergebracht werden. Die Lösung des Problems der Arbeiter auf bricht der Redner

**Schlußtagssitzung**  
Der Redner in seinem Vortrag fort. Er behandelt vornehmlich die Forderung des Vorstandes an der Forderung der Faulstille. Im Herbst letzten Jahres wurden wir aufgefordert, die Forderungen für die Sozialisierung der Wirtschaft zu stellen. Sie sind in der offiziellen Zeit heute be-

achtung gefunden. Im Reichswirtschaftsrat benutzte ich jede Gelegenheit, um die Sache anzuschneiden. Uns schwebt der Gedanke vor, die Forsten in Gemeinwirtschaft zu überführen und so die Grundlage zu schaffen, die ganze Holzwirtschaft zu dirigieren. Die Wege, die Bedenken der Länder zu überwinden, müssen gefunden werden. Im Reichswirtschaftsrat ist die Notwendigkeit der gemeinwirtschaftlichen Regelung der Holzwirtschaft anerkannt, wir werden uns bemühen, diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen. In den sogenannten radikalen Kreisen ist man der Meinung, daß die Verwirklichung des Sozialismus eine Frage der politischen Macht sei. Das ist ein Irrtum, es ist eine Frage der wirtschaftlichen Organisation. Wir konnten die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen, aber es ist uns gelungen, ihre Folgen für die Kollegen zu mildern. Der Vorstandsbericht gewährt keine volle Befriedigung; wir hatten nicht die Erfolge, die wir uns wünschten, aber wir haben die Genugtuung, geleistet zu haben, was in unseren Kräften stand.

Es wird beschlossen, alle Berichte entgegenzunehmen und sie gemeinsam zu diskutieren. Beim

**Rassenbericht**

verweist König auf die gedruckt vorliegenden Berichte, zu denen er einige Erläuterungen gibt. Insbesondere richtet er an die Ortskassierer das Ersuchen, die Verbandsgelder rechtzeitig einzusenden. Den

**Bericht des Ausschusses**

erstattet Haug (Stuttgart). Ergänzend zu dem gedruckt vorliegenden Bericht teilt er mit, daß der Ausschuß der Anstellung des Dr. Casau zugestimmt habe. Die Beschwerden der Mitglieder Dieke (Berlin), Stetter (Stuttgart) und Stuby (Königsberg), die der Vorstand wegen der Teilnahme an der kommunistischen Sonderkonferenz aus dem Verband ausgeschlossen hat, ist vom Ausschuß zurückgewiesen worden. Der Ausschuß war durchaus gerechtfertigt. Der

**Bericht der Redaktion**

wird von Kaiser erstattet. Er führt aus, daß ihm bekannt sei, daß seine Arbeit nicht mehr den Beifall aller Kollegen finde und er nicht mehr vom Vertrauen aller getragen sei. Aber es sei nur eine Minderheit, die verlange, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ nach ihren Grundsätzen redigiert werde. Demgegenüber seiner Widersacher, die die Gewerkschaften grundsätzlich auf einen anderen Boden stellen und sie den Zwecken der kommunistischen Partei dienstbar machen wollen, erklärt er, daß er sich das zur Ehre anrechne, was sie an ihm verurteilen. Er ist zu alt geworden im Dienst der Arbeiterbewegung, um denen folgen zu können, die, unbeschwert von Verantwortungsfleissgefühl und Erfahrung, täglich neue Parolen herausgeben. Man wechselt seine Grundzüge nicht wie ein Hemd. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ habe die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen und die Forderungen zu erfüllen, die aus der Zugehörigkeit des Verbandes zum N. D. G. V. und zur Amsterdamer Internationalen resultieren. Vor allem aber habe sie die Interessen der Holzarbeiter und des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu fördern. Die Redaktion hat sich von parteipolitischen Auseinandersetzungen möglichst ferngehalten. Sie vertritt im Verbandsorgan den Standpunkt des Sozialismus und des Klassenkampfes unter Ablehnung der radikalen Parolen. Den Verdacht zur Bildung kommunistischer Zellen im Verband ist die Redaktion entgegengetreten. Im Sinne dieser Propaganda gehaltene Artikel sind ein paarmal ausgenommen worden; sie wurden aber später zurückgewiesen, weil die notwendige Widerlegung den Raum des Blattes härter in Anspruch nahm, als sich verantworten läßt. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ ist eben das Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes und kann der kommunistischen Propaganda nicht zur Verfügung gestellt werden. Dem durch die partizipierte Kost in der kommunistischen Presse verübten Geschmach erscheint die Lektüre der „Holzarbeiter-Zeitung“ schal. Sie will aber auch keine politische Propaganda treiben, sondern revolutionär wirken in dem Sinne der Räter des Sozialismus. Sie will das Wissen der Holzarbeiter bereichern und sie anregen, sich in ihren Kenntnissen und Fähigkeiten zu vervollkommen. Redner schließt mit der Bemerkung, daß er nicht lüster sei nach Beifall und sich für keine Person gern bescheiden im Hintergrund halte. Sein Ehrgeiz sei befriedigt, wenn der Sache, der er dient, ein Erfolg beschieden sei. Dem Verband zu Erfolg und Ansehen zu verhelfen, sei sein heißes Bemühen.

Gutekunst (Berlin) als Berichterstatter der Prekammision verweist auf den gedruckten Bericht. Er selber wünscht eine härtere sozialistische, klassenkämpferische Note. Die Prekammision aber könne die Redaktion nicht bestrafen, wenn die Kollegenschaft nicht mit entsprechenden Anträgen käme. Der Prekammision müssen auch mehr Rechte eingeräumt werden, insbesondere die Aufsicht über die Drucker.

Hölcher (Bergisch) berichtet namens der Mandatprüfungskommission, daß 304 Delegierte anwesend sind. Der Delegierte Kolch aus Oberschlesien ist nicht erschienen. Außerdem sind anwesend sechs Ersatzdelegierte und drei unbesetzte Mitglieder des Vorstandes, zwei Vertreter der Kassierer, ein Vertreter der Prekammision und 26 Gewerkschafter. Alle Mandate sind als gültig anerkannt.

**Sämtliche Berichte werden zur Diskussion**

Freiberger (München): Der Vorstand war ehrlich bemüht, eine wirtschaftliche Besserung der Lage der Kollegen herbeizuführen. Das erkennen auch die Kollegen an, die nicht mit allen Einzelheiten einverstanden sind. Ich begrüße die Erklärung des Volkswirtschaftlers, dessen Arbeit aber der Praxis zur Verfügung gestellt werden muß. Die Not der Arbeitslosen macht die Verhandlung verhandelbar, die weite Masse nicht hat. Die Kurzarbeit muß im Interesse der Arbeitslosen noch weiter gefördert werden.

Ende (Chilgen) behandelt die Gesundheitsgefahren der Arbeiter und Arbeiterinnen. Für diese Branche wäre eine Konferenz notwendig. Die Ausstellung der Erlosbücher sollte den Ortsvereinigungen überlassen bleiben. Die Verwaltungsarbeit sollte überhaupt mehr dezentralisiert werden. Der Anhaltungsaktion ist größere Aufmerksamkeit zu widmen. Mit weiteren Erfolgen bei den Lohnbewegungen können wir das Leben lassen, sie müssen besser agitatorisch ausgerichtet werden.

Mejer (Münster) begrüßt die Anstellung des Volkswirtschaftlers, der hoffentlich bei uns aushält. Unsere Mitarbeit an den verschiedenen Körperschaften der wirtschaftlichen Selbstverwaltung hat uns noch nicht viele praktische Erfolge gebracht. Wir erfahren zu wenig von dem, was zur Verwirklichung der zehn Punkte geschieht, die der N. D. G. V. aufgestellt hat. Der wirtschaftliche Aufbau muß mit aller Energie gefördert werden, das ist das beste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Kellermann (Stuttgart): Die Tätigkeit des Vorstandes verdient Anerkennung. Larnow hat heute zugehört müssen, daß es noch große Schwierigkeiten verursachen wird, sein Programm für die Sozialisierung der Holzwirtschaft durchzuführen. Mehr Erfolg verspreche ich mir von der direktesten Heranziehung der Unternehmer für die Arbeitslosenunterstützung. Gegen den Plan, die Holzarbeiter in den gemischten Betrieben an den Metallarbeiter-Verband anzutreten, protestieren wir. In der „Holzarbeiter-Zeitung“ müssen alle Meinungen über gewerkschaftliche Fragen zum Wort kommen. Die Beschwerden richten sich jedoch dagegen, daß die politischen Meinungsverschiedenheiten nicht zur Geltung kamen. Politische Differenzen sollen aber nicht im Verbandsorgan ausgefochten werden, es soll nur gewerkschaftlichen Zwecken dienen.

Boele (Berlin): Die Arbeitslosenfrage hat zurzeit eine überragende Bedeutung. Was vom Vorstand unternommen wurde, sind auch nur Palliativmittel. In Berlin waren im vorigen Jahre 27 Prozent der Mitglieder arbeitslos. Das macht die Stimmung der Kollegen erklärlich. Der N. D. G. V. muß die Macht, die er hat, anwenden. Die zur Arbeitslosenunterstützung aufgewendeten Gelder hätten zur Verstellung nutzbringender Arbeit verwendet werden sollen. Wir sollten eine Notverordnung verlangen, die es ermöglicht, allen Arbeitslosen Arbeit zu geben.

Siegward (Karlsruhe): Vorstand und Ausschuß waren gut beraten, als sie den Kollegen Larnow zum Verbandsvorsitzenden wählten. Die der Zahlstelle Halle bewiesene Rücksicht war klug. Aber alles hat seine Grenzen. Sonderkonferenzen können wir im Verband nicht dulden. Aber auch die Branchen- und ähnliche Konferenzen müssen eingeschränkt werden. Wäre es bei der Anstellung von Verwaltungsbeamten nicht zweckmäßiger, die den Beamten unterstellten Zahlstellen zusammenzuliegen? Der Anstellung des Volkswirtschaftlers stimmen wir gern zu. Wir können gar nicht genug tun, um das Verständnis für die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge zu verbreiten.

Fregang (Berlin): Unsere Mitgliederzahl ist in den letzten Quartalen des Jahres 1920 zurückgegangen. Daran tragen nicht nur die wirtschaftliche Krise und die inneren Auseinandersetzungen Schuld, sondern die Mitglieder sind enttäuscht. Die acht Punkte, die beim Niederschlagen des Kapp-Putschs aufgestellt wurden, sind nicht durchgeführt. Die Einwohnerwehren existieren noch, aber von Arbeiterwehren ist keine Rede. Die Justizstände der letzten Zeit und ähnliche Vorgänge, das sind Ursachen, die unseren Mitgliederstand ungünstig beeinflussen. Der N. D. G. V. hat nicht genügend darauf gewirkt, daß auch die Steuern von den Bestehenden einbezogen werden. Im Jahre 1919 hat Berlin den Ausschluß von Posten beantragt. Das wurde abgelehnt, weil Posten nicht Mitglied der Zahlstelle Berlin war. Er wurde dann Mitglied der Zahlstelle. Das sein Ausschluß notwendig war, beweisen seine Taten (Widerspruch). Der Ausschlußantrag wurde hierauf von Berlin wiederholt. Der Vorstand hat aber entschieden, daß Posten seine Mitgliedschaft wegen Beitragsrücken verloren habe. Das muß man bereue mit dem Verhalten des Vorstandes gegenüber den Teilnehmern an der kommunistischen Konferenz.

Wenneke (Darmstadt): Unter den Holzarbeitern auf den Zechen herrscht eine Zerklüftung. Die Kollegen zeigen vielfach Sympathie für den Bergarbeiter-Verband, der niedrige Beiträge erhebt. Wir empfehlen die Einrichtung einer zentralen Stelle für die Zechen. Unser Verband muß für die dort beschäftigten Kollegen mehr tun.

Müller (Halle) begründet einen Antrag, den ausgeschlossenen Mitgliedern Dieke (Berlin) und Stetter (Stuttgart) zu gestatten, sich vor dem Verbandstag zu vernehmen. Den Ausgeschlossenen muß das Recht gegeben werden, sich hier zu verteidigen. Das verlangt die Toleranz, sonst stellen Sie sich noch niedriger als die Richter bei den Ausnahmegerichten. Die beiden Ausgeschlossenen haben lange Jahre im Verband gestanden. Man muß sie hören, um gerecht zu urteilen.

Larnow bittet, den Antrag abzulehnen. Wir können die Angelegenheit gründlich erörtern ohne Anwesenheit der Ausgeschlossenen. Diese käme in Betracht, wenn es sich darum handeln würde, einen Tatbestand festzustellen. Sie sind ausgeschlossen worden, weil sie entgegen der Warnung des Vorstandes an der Konferenz teilgenommen haben. Die Teilnahme haben sie zugestanden. Wir haben also hier nur zu entscheiden, ob die Stellung des Vorstandes richtig war. Darüber kann entschieden werden, ohne die Ausgeschlossenen zu hören.

Der Antrag wird abgelehnt und die Sitzung geschlossen.

**Zweiter Verhandlungstag.**

**Dienstag, den 7. Juni.**

Die Diskussion der Berichte wird fortgesetzt.

Leopold (Berlin): Die Vertretung politischer Forderungen müssen wir den politischen Parteien überlassen. Es ist zu begrüßen, daß unser Vorstand den volkswirtschaftlichen Fragen noch größere Aufmerksamkeit schenken will. Den Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Förderung der Faulstille müssen wir den stärksten Nachdruck geben. Wir dürfen uns aber nicht darauf beschränken, dem Vorstandsvorstand Aufträge zu geben, sondern an den einzelnen Orten müssen die Kollegen eine rege Tätigkeit entfalten.

Januschek (Leipzig): Kollege Larnow ist hinsichtlich der Beurteilung der politischen Fragen nicht objektiv geblieben. Wir haben unsere Verwaltung nicht wegen ihrer politischen Stellung bestraft (Weiterkeit), sondern wegen ihrer Stellung zur Politik des 4. August. Wenn Kaiser sagt, daß er mit Ruhe vor dem Verbandstag getreten sei, dann bedeutet das eine Provokation der Kollegen an sich, der vorliegenden Anträge. Kaiser war nicht politisch neutral, er hat die Politik der Reichssozialisten herausgestrichen. Die Zeitung müßte zu allen Fragen Stellung nehmen, aber an den

Sondergerichten hat sie keine Stellung genommen. Die Stellung zur Waise war lendenlahm. In einem Artikel zur Begrüßungsfrage vertritt sie Ansichten, die das Lehrlingswesen den Junngesellen ausliefert. Reuber zitiert eine Reihe von Artikeln, gegen die er polemisiert.

Frau Thomas (Berlin): Das "Frauenblatt" hat während des Krieges hauptsächlich auf die Unterstellungen hingewiesen. Wir müssen aber mehr Wert legen auf die Aufklärung der Frauen. Deshalb sollte das "Frauenblatt" weiter erscheinen.

Von N (Saarbrücken) weist darauf hin, daß zu den abgetretenen Gebieten gewissermaßen auch Saarbrücken gehört. Die neue Regierungskommission hat uns nicht die demokratische Freiheit gebracht, sondern sie hat dem Schiebertum ein Asyl gewährt. Bei uns herrscht noch der Geist Stummis; die neuen deutschen sozialpolitischen Gesetze haben bei uns keine Gültigkeit. Wir sagen laut, daß wir Deutsche sind und bleiben wollen, trotz aller Bemühungen, uns für Frankreich zu gewinnen.

Müller (Halle): Durch Resolutionen und Ratschläge des Vorstandes können keine Aktionen unternommen werden, sondern nur durch die lebendige Aktion der Masse. Die Arbeiterchaft wird verkaufen, ehe die zehn Forderungen des A. D. G. B. durchgesetzt werden. Der Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft, wie er jetzt von den Gewerkschaften geführt wird, ist eine Sisyphusarbeit. Tarnow hofft, daß es ihm gelingen werde, die Kapitalisten zu überzeugen. Er vertritt die gleiche Ideologie wie Rathenau in seinen Reden. Weil wir sagen, daß wir nicht glauben, daß die Vereinerlichung der Arbeiterchaft zu erfolgen kann, werden wir belächelt. Die Anstellung eines Volkswirtschafters ist zu befehlen. Wir müssen volkswirtschaftlich tiefer schürfen. Nicht durch den A. D. G. B., sondern durch die Arbeiterchaft selbst wird eine Besserung erzielt werden. In unserem Organ müssen alle Meinungen gehört werden. In Halle hat der Beauftragte des A. D. G. B. die Spaltung der Gewerkschaften in die Tat umgesetzt. Wir wollen die Gewerkschaften nicht spalten.

Schöner (Düsseldorf): Es war gut, daß Tarnow auf die Wichtigkeit der Mitgliederbewegung hingewiesen hat. Wir müssen nicht nur Mitglieder sammeln, sondern sie auch zu Kampfern heranzubilden. Daran mangelt es noch. Von den Gewerkschaften, dem Vorstand und dem Verbandsorgan müssen wir mehr Unterstützung in unserer Erziehungsarbeit haben. Die Pläne, die Tarnow für die Sozialisierung der Holzwirtschaft gemacht hat, sind lobenswert, aber es ist nichts getan worden, diese Pläne in die Tat umzusetzen. Was von den Kollegen in Halle verlangt wurde, war durchaus berechtigt. Ich glaube, daß die Kollegen in Halle gar keine wichtigen Kommunisten sind.

Pfleger (Stuttgart): Wir haben uns immer bemüht, einen guten Nachwuchs heranzuziehen. Das ist wichtig. Bei der Anstellung von Beamten in den Zahlstellen macht man leider die Erfahrung, daß sie manchmal versagen. Für die Ausbildung von Agitatoren kann gar nicht genug getan werden. Das Studieren ist wichtiger als die Sportbetätigung. Der Entwurf für die neue Schlichtungsordnung hätte in der "Holzarbeiter-Zeitung" scharfer kritisiert werden müssen. Der Sachverhalt sollte mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Braunmüller (Bremen): Die Forderungen, die wir nach dem Märzpuß an die Regierung gestellt haben, sind nicht erfüllt worden. Die gesetzliche Erwerbslosenfürsorge sollte weiter ausgebaut werden. Mit Resolutionen allein ist nichts getan, wir müssen den Unternehmern scharfer an die Leinen gehen. Eine wichtige Aufgabe fällt der "Holzarbeiter-Zeitung" zu. Wir werden in ihr den verschiedenen Meinungen mehr Raum gewähren müssen. Was wir uns von den Schlichtungsausschüssen versprochen haben, ist nicht eingetreten. Auch hier handelt es sich um Machtfragen.

Schiller (Bremerhaven): Die Zentralstelle für den Wiederaufbau hat entweder nicht die Macht oder nicht den Willen, die den Arbeitern gemachten Versprechungen einzulösen. Die Arbeiten für die Baracken werden vergeblich, ohne die Arbeiter zu hören. Auch bei dem Wiederaufbau der Handelsflotte wurden Versprechungen gemacht. Sieht man aber die Tätigkeit der Treuhandbank bei der Verwendung der 12 Milliarden Mark, dann überkommt einem ein Grauen; sie empfehlen Arbeiterentlassungen, statt die Beschäftigung der Arbeiter zu fördern. Offensichtlich handelt es sich um vorbereitende Maßnahmen für den Lohnabbau gelegentlich des bevorstehenden Ablaufes der Tarifverträge. Das "Jugendblatt" sollte alle 14 Tage erscheinen.

Panz (Hamburg): Die Tätigkeit des Vorstandes ist anzuerkennen. Wir müssen aber auch prüfen, ob jeder einzelne von uns seine Pflicht getan hat. Wir müssen die Qualität unserer Arbeit erhöhen. Die inneren Kämpfe haben doch einen erheblichen Einfluß auf die Fluktuation der Mitglieder. Die Kritik an der "Holzarbeiter-Zeitung" in bezug auf das Lehrlingswesen war völlig deplaciert. Es liegt nicht allein an dem Material für die Lehrlingsagitation, sondern wichtig ist die tätige Mitarbeit der Kollegen in den Redaktionen.

Müsch (Halle) geht auf die Verhältnisse in Halle des Jahres ein. Schon vor dem Kriege hatten wir in Halle eine Opposition. Die Arbeitspolitik der Gewerkschaften hat diese Opposition verschärft. Die Käteorganisation wurde unter der Mitwirkung des jetzt beseitigten Kollegen Winkler geschaffen. Es ist das Verdienst der Kommunisten, diese Organisation schrittweise zu haben. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung zu Weihnachten wollten wir auch andere politische Richtungen berücksichtigen, aber alle Kollegen haben abgelehnt. Die richtige Verwaltung ist von der Mehrheit gewählt, und sie muß bleiben bis zur nächsten Generalversammlung. Mit den politischen Gegnern können wir zusammenarbeiten. Wir lassen uns nicht durch kleine Klümpchen auseinanderreißen. Konkurrenz sucht uns die Konkurrenz zu machen. Aber wir stehen noch gerade so wie früher. Die vom Vorstand verlangte Unterschrift ist geleistet worden, und das Schriftstück wird dem Vorstand zugehen.

Gräfinn (Halle) (Memorandum über Gewerkschaften): Wir sind zu lange in der Arbeiterbewegung tätig, um gegen die Kritik erschütterlich zu sein. Kritik ist notwendig, sie muß aber sachlich und von dem Erleben diktiert sein. Die Gewerkschaften müssen sich nähern. Das Arbeitslosenproblem wird gelöst werden. Die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, haben gerade die Gewerkschaftsfunktionäre das größte Interesse. Wir haben es erreicht, daß sich Staat und Gemeinde mit dem

Problem praktisch beschäftigen. Mit der bloßen Unterstützung der Arbeitslosen kann es kein Bewenden nicht haben. Für die aufgewendeten Gelder sollen auch kulturelle Werte geschaffen werden. Auch in dieser Hinsicht ist geschehen, was möglich war. Allerdings sind die großen Hoffnungen, die man an die Beschäftigung städtischer Arbeiter bei der Moor- und Forstkultur knüpfte, enttäuscht worden. An diese Arbeiten müssen sich die Arbeiter erst gewöhnen. Lange vor der Herausgabe der bekannten zehn Punkte hat sich der A. D. G. B. auf diesem Gebiet betätigt, ohne daß es öffentlich in Erscheinung getreten wäre. Der Wiederaufbau in Frankreich wird Zehntausenden von Arbeitern Beschäftigung geben. Das ist ein Erfolg, den wir erzielt haben. Das Verlangen, die Arbeitslosen in die Produktion einzugliedern, ist berechtigt, aber es wird nicht leicht durchzusetzen sein. Man muß auf die Tragfähigkeit der Betriebe Rücksicht nehmen. Die Überfüllung mit Arbeitskräften hat mit verursacht, daß viele Staatsbetriebe unrentabel sind. Daß die gewonnenen Gewerkschaftsmitglieder nicht restlos erhalten wurden, hat seinen Grund mit darin, daß manche enttäuscht waren, weil sich die erhoffte Besserung nicht bald zeigte. Die Erziehung der neuen Mitglieder zu bewußten Gewerkschaftern erfordert eine gewisse Zeit. Wir können nicht alles durchsetzen, was wir wollen. Aber in dem Bestreben, alles zu tun, was irgend möglich ist, sind wir einig. Unsere Einigkeit und Stärke läßt uns hoffen, daß wir die Etappen des Wiederaufstieges schneller erreichen werden, als mancher Pessimist glaubt.

Streufert (Straßburg): Wir haben auch in den kleinen Orten eine riesige Arbeitslosigkeit. Die produktive Erwerbslosenfürsorge muß stärker gefördert werden. Bei uns wird schon versucht, den Achtstundentag zu durchbrechen. Mit den Schlichtungsausschüssen haben wir schlechte Erfahrungen gemacht. Mit der "Holzarbeiter-Zeitung" sind wir ganz zufrieden. Sie bringt das, was wir in den mittleren und kleineren Orten brauchen, und sie wird auch aufmerksam gelesen.

Richarz (Schönheide): Wir wollen die Wirtschaft in die sozialistische Bedarfswirtschaft umstellen. Wir müssen nicht nur die Wirtschaft sozialisieren, sondern vor allem das Verständnis für diese Bestrebungen fördern. Die Aufklärung der weiblichen Mitglieder ist sehr notwendig, leider finden sich so wenig Kolleginnen, die den Willen haben, sich agitatorisch zu betätigen, obwohl das sehr nützlich wäre. Ein Schlußantrag wird angenommen.

Tornau (Frankfurt a. M.) berichtet über die Verhandlungen der Vorberatungskommission und teilt deren Stellung zu den vorliegenden Anträgen mit.

Nachdem sich Kayser in seinem Schlußwort mit einigen Anlässen, die im Laufe der Debatte gegen die Redaktion der "Holzarbeiter-Zeitung" erhoben waren, auseinandergesetzt hat, tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagsitzung.

Tarnow (Schlußwort): Die Kritik an der Tätigkeit des Vorstandes hat sich in mäßigen Grenzen bewegt. Es klang aus ihr heraus, daß anerkannt wird, daß der Vorstand seine Pflicht getan habe. Den Zusatzantrag, der von den Berliner Kollegen zu der vorliegenden Resolution über den Bericht des Vorstandes gestellt wurde, können wir annehmen. Allerdings wird es sehr schwerfallen, ihn zu verwirklichen. Dem Verlangen der Preßkommission nach erweiterten Rechten können wir nicht zustimmen. Dem Verlangen nach einer verstärkten Flugblattagitation werden wir Rechnung tragen. Freigang (Berlin) führte den Verlust neugewonnener Mitglieder auf die Enttäuschung zurück, die diese Kollegen erfahren. Das ist richtig. Aber was erregt diese Enttäuschung? Ist sie ein Wunder, wenn in den Versammlungen einiger Zahlstellen immer wieder gepredigt wird, daß mit der Gewerkschaftsbewegung nichts zu erreichen sei und alle Hoffnung auf die Massenaktion gesetzt werden müsse. Den Zusatzantrag gegen Roste hätte Freigang besser nicht zitierten sollen, denn er erinnert daran, daß von Berlin auch ein Ausschlußantrag gegen Legien gestellt wurde, der sogar die Zustimmung der Mehrheit des Vorstandes erhielt. Ich habe diesen Beschluß nicht ausgeführt, und der Ausschuß hat die Haltung der besoldeten Vorstandsmitglieder gebilligt. Ebenfalls wie bei Legien, lag bei Roste ein berechtigter Grund vor, ihn auszuschließen. Wir haben den Ausweg gewählt, die Mitgliedschaft wegen rückständiger Beiträge als erloschen zu betrachten. Das war nicht korrekt, und Roste wäre durchaus berechtigt gewesen, dagegen Einspruch zu erheben. Das Verlangen nach mehr gewerkschaftlicher Aufklärungsarbeit unter den Frauen ist berechtigt. Hier wäre mehr Mitarbeit sehr erwünscht. Die Kollegen im Saartrevier können sich der ferneren Unterstützung durch den Verband versichert halten. Die Darstellung des Kollegen Müsch über die Verhältnisse in Halle war etwas sehr subjektiv beeinflusst. Dort ist durch die herrschenden Verhältnisse ein erheblicher Mitgliederverlust eingetreten. Der Ertrag der Aussprache über die Arbeitslosigkeit war nicht sehr reich. Positive Vorschläge sind nicht gemacht worden. Das ist erklärlich. Es ist verlangt worden, die Arbeitslosen in den Produktionsprozess einzugliedern. Das ist ganz schön, aber wie soll das verwirklicht werden? Müller (Halle) sagte, die lebendige Aktion der Massen muß es machen. Besteht er darunter den März-Fuß? Was ist damit erreicht worden? Die Debatte hat gezeigt, daß wir der inneren Gesundung doch schon wesentlich nähergekommen sind. Das Vertrauen der Mitglieder zum Vorstand ist größer, als es vor nicht langer Zeit war. Das berechtigt zu der Hoffnung, daß wir einer völligen Gesundung entgegengehen.

Es folgen einige persönliche Bemerkungen.

Ein demann (Beisitzer im Verbandsvorstand): Es ist nicht richtig, daß wir den Ausschluß von Legien beschlossen haben. Der Beschluß ging dahin, Legien zur Rechtfertigung aufzufordern. — Tarnow bestreitet diese Darstellung.

Es folgt die Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Die von der Vorberatungskommission vorgelegte Resolution wird einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Seit mehr als Jahresfrist liegt die Holzindustrie unter dem Druck einer schweren Krise. Tausende Holzarbeiter sind durch lang anhaltende Arbeitslosigkeit und Verdienstausschlag infolge Kurzarbeit in schwere und unerschuldete Not geraten. Angesichts dieser Tatsache fordert

der Verbandstag die schnelle Durchführung der zehn Punkte des A. D. G. B. zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Fürsorge muß in erster Linie in der Beschaffung von Arbeit bestehen. Soweit aber Arbeit nicht beschafft werden kann, muß den Erwerbslosen und Kurzarbeitern mit ihren Angehörigen durch ausreichende Unterstützung die Existenzmöglichkeit gewährleistet werden.

Der Verbandstag erkennt, daß das Arbeitslosenproblem endgültig nur gelöst werden kann durch die Umstellung der privaten Profitwirtschaft in eine planmäßig organisierte Bedarfswirtschaft. Diese Umstellung muß sofort vorgenommen werden bei der Durchführung aller wirtschaftlichen Aufgaben mit öffentlichen Mitteln. Dazu gehören insbesondere die Leistungen und Lieferungen Deutschlands auf Grund des Friedensvertrages und in der inneren Wirtschaft die Erstellung von Bauten mit öffentlichen Zuschüssen sowie die Vergebung von Staatsaufträgen. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Inangriffnahme dieser Aufgaben beschleunigt und die Mitwirkung des Verbandes bei der Vergebung der Aufträge und der Überwachung der Arbeiten sichergestellt wird.

Die Erfüllung der Wiedergutmachungsforderungen und die dringend notwendige Erstellung von Bauten im Inland müssen von tiefgreifender Bedeutung für die Holzwirtschaft werden. Bei Aufrechterhaltung der freien Wirtschaft auf dem Holzmarkt würde durch den starken Holzbedarf erneut die Gefahr eines maßlosen Holzwuchses in greifbarer Nähe gerückt sein. Der Verbandstag erneuert deshalb seine Forderung auf gemeinwirtschaftliche Regelung der Holzwirtschaft und erwartet von den gesetzgebenden Körperschaften und den Regierungen die alsbaldige Durchführung geeigneter Maßnahmen.

Angenommen wird auch der folgende von den Berliner Delegierten beantragte Zusatz zu der Resolution:

Der 12. Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, in Verbindung mit dem A. D. G. B. eine Notverordnung bei den zuständigen Regierungsstellen zu erwirken, in der festgelegt wird, daß für alle Industrien, in denen mehr als 5 Prozent der Berufsangehörigen ohne Beschäftigung sind, die Arbeitszeit auf ein Maß festzusetzen ist, welches ermöglicht, die aus dem Produktionsprozess ausgeschalteten in Arbeit zu bringen.

Für die Punkte 6 und 7 der durch den A. D. G. B. aufgestellten Forderungen hat der A. D. G. B. sofort die ganze Macht der Gewerkschaften einzusetzen.

Von den Delegierten Januschek, Mödel und Polz ist der folgende Antrag eingebracht worden, dem der Verbandstag zustimmt:

Der Verbandstag erklärt sich mit der Stellungnahme des Hauptvorstandes in den Auseinandersetzungen mit der Zahlstelle Halle einverstanden und erwartet, daß die Mitglieder der Zahlstelle Halle die Geschlossenheit im Verband durch Annahme der vom Hauptvorstand vorgelegten Erklärungen wahren werden.

Angenommen werden die folgenden Anträge:

Der Hauptvorstand wird beauftragt, Maßnahmen vorzubereiten, welche eine Herabsetzung der Luxussteuer bezwecken, um zu verhüten, daß durch dieselbe das schwer betroffene Bildhauergewerbe völlig zum Erliegen kommt.

Der Verband wolle seinen ganzen Einfluß dahin geltend machen, daß möglichst die Preise für die notwendigen Nahrungsmittel herabgesetzt werden.

Die vom Hauptvorstand beschlossenen 30 000 M. Anteil am Verband sozialer Baubetriebe sind auf 100 000 M. zu erhöhen.

Dem Verbandsvorstand zur Berücksichtigung überwiesen wird der folgende Antrag:

Der Verbandsvorstand wird beauftragt, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, das Erwerbslosenfürsorgegesetz dahingehend abzuändern, daß die Unternehmer durch einen Beitrag, der pro Kopf der Beschäftigtenzahl zu bemessen ist, zur Aufbringung der Mittel zur Erwerbslosenfürsorge herangezogen werden.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: "Holzarbeiter-Zeitung", schlägt die Vorberatungskommission die folgende Resolution vor:

Die "Holzarbeiter-Zeitung" ist das Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Die Redaktion ist verpflichtet, das Blatt im Sinne der vom Verbandstag gegebenen Richtlinien und in Übereinstimmung mit der Verbandsleitung zu redigieren.

Im Hinblick darauf, daß der Deutsche Holzarbeiter-Verband dem A. D. G. B., der Internationalen Union der Holzarbeiter und dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen ist, hat auch die "Holzarbeiter-Zeitung" die von den beruflichen Organen dieser Körperschaften gefassten Beschlüsse gebührend zu beachten.

Die "Holzarbeiter-Zeitung" soll von gesundem, gewerkschaftlichem Geist erfüllt sein. In den wirtschaftlichen Kämpfen der Holzarbeiter hat sie deren Interessen wahrzunehmen. Sie soll das Verständnis der Kollegen für die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge fördern, ihnen das Wesen des Sozialismus nahebringen und dadurch zu ihrer Erziehung zu Klassenkämpfern beitragen.

Der sozialpolitischen Gesetzgebung und ihrer praktischen Auswirkung soll sie besondere Aufmerksamkeit widmen, aber parteipolitische Auseinandersetzungen nach Möglichkeit vermeiden.

Die Versuche, die "Holzarbeiter-Zeitung" in den Dienst einer politischen Partei zu stellen, muß die Redaktion verhindern. Die parteipolitische Zerrissenheit des Proletariats ist ein Unglück für die Arbeiterchaft und die Holzarbeiter. Deshalb soll die "Holzarbeiter-Zeitung" die Einigkeit der Arbeiterchaft fördern; sie muß die Bestrebungen abwehren, die darauf abzielen, die Uneinigkeit zu schüren, insbesondere durch die Bildung kommunistischer Zellen in den Gewerkschaften und in unserem Verband. Für solche Sonderbestrebungen darf unser Verbandsorgan nicht zur Verfügung gestellt werden.

Den Mitgliedern steht das Verbandsorgan zur Erörterung gewerkschaftlicher Fragen zur Verfügung. Die Redaktion hat jedoch darüber zu wachen, daß bei den Veröffentlichungen die vorgenannten Richtlinien beachtet werden. Sie ist auch verpflichtet, dafür zu sorgen, daß bei

solchen Diskussionen der Charakter des Verbandsorgans gewahrt und dessen Umfang gehörend berücksichtigt wird.

Der Verbandstag erkennt an, daß die Redaktion bemüht war, den ihr obliegenden Verpflichtungen gerecht zu werden.

Über den letzten Absatz der Resolution wird getrennt abgestimmt. Er wird, ebenso wie die übrigen Teile der Resolution, mit großer Mehrheit angenommen.

Von den sonstigen, zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellten Anträgen werden nur die folgenden angenommen:

Das „Solgarbeiter-Jugendblatt“ hat in größerer Auflage und mindestens einmal monatlich zu erscheinen.

Das „Solgarbeiter-Frauenblatt“ hat alle 14 Tage als Beilage zu erscheinen.

Die Anträge, welche eine Erweiterung der Rechte der Preiskommission bezwecken, werden abgelehnt.

Einmütig wird beschlossen, den bereits seit kurzem im Verbandsbureau beschäftigten Volkswirtschaftler Dr. Cassau fest anzustellen.

Namens der Revisionskommission berichtet Rehdelt (Mannheim), daß die vorgeschriebene Revision der Geschäftsbücher des Kassierers erfolgt sei und keinen Anlaß zur Beanstandungen gegeben habe.

Weiter beantragt die Kommission, den § 131 des Statuts dahin zu ändern, daß die Revision künftig nicht mehr auf dem Verbandstag, sondern durch die Vorberatungskommission erfolgt.

Beide Anträge werden angenommen.

Es folgt Punkt 8 der Tagesordnung: Aufgaben und Organisation der Betriebsräte.

Hierzu hält Jahn (Verbandsvorstand) ein tief schürfendes Referat, das vom Verbandstag mit großer Aufmerksamkeit angehört und mit Beifall gelobt wird.

Der Verbandstag erklärt: Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

Die in der Reichsverfassung für die Arbeiter und Angestellten festgesetzte gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern sowohl an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist bisher nicht erfüllt worden.

werden. Die Durchführung der Produktionskontrolle ist die wichtigste Aufgabe der Betriebsräte. Damit, daß die Betriebsräte die Kenntnisse haben, erhalten sie noch nicht die Produktionskontrolle. Sie müssen Kampforganisationen sein und sich politisch betätigen.

Kellermann (Stuttgart): Das Betriebsrätegesetz ist die größte Errungenschaft der Revolution, denn mit der politischen Macht ist es nicht getan, wenn wir nicht die wirtschaftliche Macht in Händen haben.

Saß (Hamburg): Es ist erfreulich, daß in Rheinland die selbständige Betriebsräteorganisation aufgehoben ist. Die Berliner Betriebsrätezentrale wollte die Organisation politisch aufziehen; sie wollte nicht nur mit den Gewerkschaften, sondern auch mit den Gelben und Blauen arbeiten.

Neuhürger (Münster): Die Betriebsräteorganisation ist noch nicht überall durchgeführt. Die Rechte, die uns das Gesetz gibt, werden viel zu wenig ausgenutzt.

Müller (Halle): Den Vorwurf, daß wir die Betriebsräte unter ein Moskauer Diktat abtapseln wollen, ist unheimlich. So etwas gibt es bei den Kommunisten nicht.

Freiberger (München): Nur in ihrem Fach tüchtige und charaktervolle Arbeiter sind geeignete Betriebsräte. Die Aufgabe der Arbeiterräte ist es, die Sozialisierung der Produktion in die Hand zu nehmen.

Fischer (Leipzig): Wenn gesagt wird, daß die Betriebsräte in der Holzindustrie geringere Bedeutung haben als in den Großbetrieben, dann muß betont werden, daß gerade die Holzindustriellen den Betriebsräten die größten Schwierigkeiten bereiten.

Dritter Verhandlungstag

Mittwoch, den 8. Juni

Auf der Tagesordnung steht in der heutigen, geschlossenen Sitzung:

Unsere Lohn- und Vertragsbewegungen.

Schleicher (Verbandsvorstand) gibt in großen Zügen ein Bild von der äußerst umfangreichen Lohnbewegung der letzten beiden Jahre. Dann bespricht er den Verlauf der zentralen Verhandlungen über den Reichsmanteltarif und gibt eine Übersicht über die seitherigen Ergebnisse der Verhandlungen.

Dann er (Verbandsvorstand), als zweiter Referent, befaßt sich mit den Lohnbewegungen in den verschiedenen anderen Branchen, während die große Tarifbewegung über die der Vorberater berichtet hat, sich hauptsächlich auf die Tischlerei und eine ihrer Abzweigungen erstreckt.

licher Arbeitsträfte. Auch die Heimarbeit hat in einzelnen Branchen eine sehr große Bedeutung.

Wir haben jetzt Reichstarife für die Bürsten-, Pinsel- und Bleistiftindustrie, für die Knopf- und für die Stanzindustrie. Der im April 1920 abgeschlossene Reichstarif für die Textilindustrie gilt heute schon nicht mehr; ebenso ist der Reichstarif für die Klavierindustrie nicht wieder erneuert worden.

Frisch (Schw.-Hall): Die Tätigkeit der Verbandsleitung bei Tarifabschlüssen muß dadurch unterstützt werden, daß die Kollegen in den Betrieben streng an den Erringungschaften festhalten.

Neuer (Leipzig): Die Maschinenarbeiter waren bisher Stiefkinder. Die Sachausweise für die Maschinenarbeiter sind nicht ein Ausfluß des Junkgesetzes, sondern sie sind ein Mittel zur Bekämpfung der Unfallgefahren.

Pingel (Hamburg): Die ungünstigen Verhältnisse der Sägereiarbeiter sind hauptsächlich dadurch verursacht, daß in diesem Beruf sozial Ungelernte beschäftigt werden. Wir appellieren an die Hilfe der gelernten Kollegen.

Dörfer (Fürth): Die Bewegung in Fürth im vorigen Jahre hat ein tragisches Ende genommen. Viele Kollegen blieben arbeitslos und die anderen mußten verkürzt arbeiten.

Hier wird abgebrochen. Die Placatverteilung fällt aus, weil sich die Delegierten an einem von den Hamburger Kollegen veranstalteten Dampferausflug nach Trübenmünde beteiligen.

Zweiter Verhandlungstag

Dienstag, den 7. Juni

Die gestern abgebrochene Debatte wird fortgesetzt.

Dole (Berlin): Die Ergebnisse der Verhandlungskommission sind nicht befriedigend. Sie sind keine geeignete Grundlage für eine tarifvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen.

Espenloft (Chemn): Die Verhandlungskommission muß an den ihr von den Stadtkonferenzen gegebenen Richtlinien im wesentlichen festhalten. Für die Maschinenarbeiter die in Rheinland-Westfalen immer im Lohnstande waren, verlangen wir einen um 20 Prozent höheren Lohn als für die Bankarbeiter.

Meyer (Münster): Das Ergebnis der Verhandlungen muß bei aller Anerkennung der Leistungen der Verhandlungskommission, als ungenügend bezeichnet werden.

Wedow (Stettin): Den Zuständen in den gemischten Betrieben muß größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Gegen die Verträge des Metallarbeiter-Verbandes, aus den Verhandlungen ausgeschaltet, obwohl wir mit einer größeren Anzahl von Kollegen beteiligt sind, müssen wir uns energisch wehren.

Süher (München): Die Arbeitgeber haben bei den zentralen Verhandlungen die Fäulnis ausgebreitet, daß unter Kollegen es vielfach unterlassen haben, energig auf die Umkehrung der Verträge zu drängen.

Sarnow: Es ist ein Antrag eingebracht, den im Kampf befindlichen erkrankten Verhandlungsdelegierten auszusprechen. Im Hinblick darauf, daß zur Zeit in vielen Arbeitergruppen in verschiedenen Ländern in ungenügender Weise Kampfpatronen vorhanden sind, empfiehlt es sich, den Delegierten unserer Sympathie auf alle Fälle Hilfe zu leisten.



Solange der Gewerkschaftstongress keine Änderung beschlossen hat, fördert der Verbandstag von allen Verbänden die strikte Einhaltung der durch die früheren Beschlüsse festgelegten Richtlinien über die Organisationsausgestaltung.

Um das Zusammenarbeiten zwischen den im A. D. G. B. vertretenen Gewerkschaften zu erleichtern und die Verwaltungsgeschäfte zu vereinfachen, ist eine mögliche Einheitlichkeit in den gewerkschaftlichen Einrichtungen und Unterstellungen anzustreben.

Die Zusammenfassung der Hand- und Kopsarbeiter in einer Gewerkschaftsorganisation hält der Verbandstag zurzeit noch nicht für zweckmäßig. Die Entscheidung darüber muß in erster Linie den freigewerkschaftlichen Angestelltenverbänden überlassen bleiben.

Nachdem Larnow seinen Vortrag unter lebhaften Beifallstundgebungen beendet hat, wird ein Antrag zur Kenntnis gebracht, der verlangt, das Referat den Delegierten gedruckt mitzugeben. Dieser Antrag wird unter lauten Zustimmungsausrufen der Delegierten verlesen. Er ist aber technisch unausführbar. Larnow verspricht jedoch, daß die nötigen Auszüge von der Rede, die allen Mitgliedern zugänglich gemacht werden wird, den Delegierten zugehen sollen.

Während der Geschäftsordnungsdebatte wird beschloffen, den Kollegen Müller (Halle) und Stöver (Düsseldorf) je eine halbe Stunde Redezeit zu gewähren.

Müller (Halle): Auf dem Wege der Verständigung mit den Unternehmern können wir unsere Ziele nicht erreichen. Wir müssen die Gewalt der Unternehmer mit Gewalt bekämpfen. Wir dürfen die Gewerkschaften nicht in die Rolle der Prostituierten der Unternehmerorganisation bringen. Wir dürfen nicht glauben, daß wir mit den Kapitalisten den Sozialismus aufbauen können. Wir stehen auf dem Boden von Karl Marx. Ich weiß, daß ich Sie nicht überzeugen kann, aber wir sprechen auch in den Parlamenten, um die Massen zu belehren. Wir wissen, daß es nicht möglich ist, binnen wenigen Jahren den Sozialismus zu verwirklichen. Wie die U. S. V., die noch vor kurzem als Revolutionsromantiker vertrieben waren, haben auch wir uns durchzudringen. Wir wollen ehrlich an der Bekämpfung der Arbeiterklasse mitarbeiten. In Gegenlag bringt uns nur die Taktik. Wir werden nie in den Besitz der ökonomischen Macht kommen mit Hilfe des Kapitalismus. Aus dem Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei vom Dezember 1918 geht hervor, daß gerade Dederich gegen die Agitation für den Austritt aus den Gewerkschaften wendete. Wir haben den Kampf gegen die Sozialisten zu führen, die verbohrt sind in eine Idee. Vielleicht wird uns Larnow noch einmal danken, daß wir in Halle und in Düsseldorf den Karten in das rechte Geleis gebracht haben. Unsere Arbeit in der Schlichtungsfrage in Halle III als vorbildlich bezeichnet worden. Wir müssen uns zu unserer früheren Taktik zurückfinden. Wir sind bereits auf sozialdemokratischen Parteitagen zum Parteifreistellungsgesetz gekommen. Die Dritte Internationale hat mit uns überworfen, sie weiß, was sie mit uns haben will. Ich habe den Kampf, wie er unter dem Sozialismus geführt wurde. Ich muß protestieren gegen die Organisation, die die russischen Gewerkschaften keine Gewerkschaften seien. Denn die Macht der Sozialisten besteht in der Gewalt. Die Gewerkschaften sind die Basis der Arbeiterbewegung. Wir haben die Arbeiterbewegung nicht aufgegeben. Wir haben die Arbeiterbewegung aufgegeben. Wir haben die Arbeiterbewegung aufgegeben. Wir haben die Arbeiterbewegung aufgegeben.

Stöver (Düsseldorf): Die Stellung der Gewerkschaften zu dem Sozialisierungsproblem ist in dem Referat zu kurz gekommen. Müller sollte nicht ausgeschlossen werden. Solche Kommunisten wie er, sind ungefährlich. Der Ausschluß gegen Diederich hat die im Abblauen begriffene kommunistische Bewegung in Berlin verstärkt. Der Vorstand sollte duldamer sein. Unsere Opposition hatte nur den Zweck, die Kriegspolitik der Gewerkschaften zu bekämpfen. Die Rechtsradikalen wenden sich gegen diese gesunde Opposition, sie haben sich sogar einen Aktionsausschuß gebildet. Was man auf der einen Seite duldet, darf man auf der anderen Seite nicht verurteilen. Die Arbeitsgemeinschaften lehnen wir ab. Sie haben es nicht verhindert, daß Deutschland von Rohstoffen entblüht ist und daß Not und Elend bei uns herrscht.

Kunze (Breslau): Die Arbeitsgemeinschaften sind ein Zeitgebilde, das vorübergehen wird. Jetzt erfüllen sie eine nützliche Aufgabe, und sie sind in der gleichen Weise zu arbeiten wie die Tarifgemeinschaften und unser Zusammenarbeiten mit den Unternehmern in den Vorständen der Krankenkassen usw. Die kommunistische Agitation hat uns sehr geschadet. Die Kommunisten haben nur das Interesse ihrer Partei im Auge. Ihre Meinung, daß sie die Leitung der Gewerkschaften wahrnehmen wollen, ist nicht ernst gemeint. Der Ausschluß der drei Kommunisten war völlig begründet.

Freitag, den 10. Juni.

Die gewerkschaftliche Debatte wird fortgesetzt. Stöver (Düsseldorf) führt mit und nicht in allen Fällen mit Larnow einverstanden. Ich bin nicht der Meinung, daß die Gewerkschaften nicht sind, wenn sie sich nicht selbst werden. Larnow stellt die Frage auf: Wie können wir zum Sozialismus? Und ich habe mich mit der Gesellschaft der Arbeiterbewegung nicht in Halle zum Ziel kommen werden. Er hat sich nicht auf den historischen Boden gestellt, und es kam deshalb verhängnisvoll zu falschen Schlüssen. Die soziale Entwicklung Deutschlands vom Jahre zum Jahre ist nicht auf allen Gebieten mit der gleichen Geschwindigkeit erfolgt. Die sozialistische Bewegung des Proletariats hat mit dem Wachstum der Organisationskraft nicht Schritt gehalten. Die fortschreitende kapitalistische Entwicklung macht es erforderlich, daß die Arbeiterbewegung verschiedene Wege einschlägt. Der kommunistische Sozialismus von Überlegenheit führt nicht zum Ziel. Die Lösung der Gewerkschaften liegt nicht in der Einigung, sondern in der Verständigung. Die Gewerkschaften sind die Basis der Arbeiterbewegung. Wir haben die Arbeiterbewegung nicht aufgegeben. Wir haben die Arbeiterbewegung aufgegeben. Wir haben die Arbeiterbewegung aufgegeben.

Müller (Halle) begründet zwei von ihm eingebrachte Resolutionen, wobei er besonderen Wert auf die in einer dieser Resolutionen erhobene Forderung nach Schaffung proletarischer Selbstschutzorganisationen legt. Larnow bittet um Ablehnung. Die Resolutionen enthalten einige gute Gedanken, aber es ist nicht notwendig, daß wir bei jeder gewerkschaftlichen Zusammenkunft die von einer kommunistischen Resolutionsfabrik stammenden Anträge beibringen. Beide Resolutionen werden abgelehnt. Larnow teilt mit, daß der englische Kollege Goslin eingetroffen ist. Dieser hält eine Begrüßungssprache an den Verbandstag, die von Dr. Cassau überlezt wird. Nach einigen Dankworten des Vorsitzenden Larnow an den Gast wird die Sitzung geschlossen. Nachmittagsitzung. Den Bericht der Beschwerdekommision erstattet Wendler (Köln). Soweit es sich um Beschwerden gegen Beschlüsse des Vorstandes handelt, durch welche die Übernahme von Streikkosten auf die Hauptkasse abgelehnt wurde, werden sie meist nach dem Vorschlag der Kommission abgelehnt. Nur die Anträge der Fabrikanten Straßburg, Königshütte, Mannheim und Panitzsch werden angenommen.

munistischen Zellenbildung besteht ein großer Unterschied. Die sozialdemokratischen Mitglieder, die sich über die kommunistischen Zellen entrüsteten, sind selbst Zellenbildner. Wir sind der Meinung, daß wir nur auf dem Wege des konsequenten Marxismus zum Sozialismus kommen. Zu ihm kommen wir weder durch Reformismus, noch durch die Reformpolitik der Rechtssozialisten. Ein Ausfluß dieser Reformpolitik sind die Arbeitsgemeinschaften. Sie sind nicht, wie Larnow sagte, Kampfboden. Will man den Kampf führen, dann führen wir ihn außerhalb der Arbeitsgemeinschaft als Klassenkampf. Die Arbeitsgemeinschaft ist ein Mittel zur Verhinderung des Klassenkampfes. Wenn auch Sinnesgegner der Arbeitsgemeinschaft ist, dann bin ich stolz darauf, in dieser Frage mit ihm übereinzustimmen. Auch er ist Klassenkämpfer, aber von der anderen Seite. Unsere Tarifgemeinschaft soll auch eine Arbeitsgemeinschaft sein. Diese Naivität Larnows hat mich gewundert. Tarifgemeinschaft ist Kampfboden. Larnow nennt die Arbeitsgemeinschaft eine Frage der Zweckmäßigkeit. Aber was soll man an ihre Stelle setzen? Diese Korporationen haben wir in Gestalt der Betriebsräte, der Bezirkswirtschaftsräte und des Reichswirtschaftsrates. Wir lehnen die Zellenbildung und das Moskauer Diktat ab. Wir wollen dafür sorgen, daß weder der A. D. G. B. noch unser Verband zersplittert wird. Wir wollen gemeinsam kämpfen für die soziale Revolution.

Diederich (Freiberg i. S.): Die Rede Müllers hat ganz anders geflungen als die Reden der kommunistischen Wandervogel. Viele haben gepredigt, daß die gewerkschaftliche Arbeit zwecklos sei. Die kommunistische Agitation hat uns sehr geschadet. Die Beurteilung der Arbeitsgemeinschaften durch den Kollegen Stöver hat komisch berührt. Der Metallarbeiter-Verband, dessen Vorsitzender Diederich so sehr gegen die Arbeitsgemeinschaft agitiert hat, muß erkennen, daß die Mitarbeit im Eisenwirtschaftsrat für die Arbeiter sehr wertvoll ist. Ich bin gegen Industrieverbände, aber für die Entwicklung des A. D. G. B. zu einer Einheitsorganisation.

Horn (Berlin): Die Stellung der Gewerkschaften zu dem Sozialisierungsproblem ist in dem Referat zu kurz gekommen. Müller sollte nicht ausgeschlossen werden. Solche Kommunisten wie er, sind ungefährlich. Der Ausschluß gegen Diederich hat die im Abblauen begriffene kommunistische Bewegung in Berlin verstärkt. Der Vorstand sollte duldamer sein. Unsere Opposition hatte nur den Zweck, die Kriegspolitik der Gewerkschaften zu bekämpfen. Die Rechtsradikalen wenden sich gegen diese gesunde Opposition, sie haben sich sogar einen Aktionsausschuß gebildet. Was man auf der einen Seite duldet, darf man auf der anderen Seite nicht verurteilen. Die Arbeitsgemeinschaften lehnen wir ab. Sie haben es nicht verhindert, daß Deutschland von Rohstoffen entblüht ist und daß Not und Elend bei uns herrscht.

Kunze (Breslau): Die Arbeitsgemeinschaften sind ein Zeitgebilde, das vorübergehen wird. Jetzt erfüllen sie eine nützliche Aufgabe, und sie sind in der gleichen Weise zu arbeiten wie die Tarifgemeinschaften und unser Zusammenarbeiten mit den Unternehmern in den Vorständen der Krankenkassen usw. Die kommunistische Agitation hat uns sehr geschadet. Die Kommunisten haben nur das Interesse ihrer Partei im Auge. Ihre Meinung, daß sie die Leitung der Gewerkschaften wahrnehmen wollen, ist nicht ernst gemeint. Der Ausschluß der drei Kommunisten war völlig begründet.

Freitag, den 10. Juni.

Die gewerkschaftliche Debatte wird fortgesetzt. Stöver (Düsseldorf) führt mit und nicht in allen Fällen mit Larnow einverstanden. Ich bin nicht der Meinung, daß die Gewerkschaften nicht sind, wenn sie sich nicht selbst werden. Larnow stellt die Frage auf: Wie können wir zum Sozialismus? Und ich habe mich mit der Gesellschaft der Arbeiterbewegung nicht in Halle zum Ziel kommen werden. Er hat sich nicht auf den historischen Boden gestellt, und es kam deshalb verhängnisvoll zu falschen Schlüssen. Die soziale Entwicklung Deutschlands vom Jahre zum Jahre ist nicht auf allen Gebieten mit der gleichen Geschwindigkeit erfolgt. Die sozialistische Bewegung des Proletariats hat mit dem Wachstum der Organisationskraft nicht Schritt gehalten. Die fortschreitende kapitalistische Entwicklung macht es erforderlich, daß die Arbeiterbewegung verschiedene Wege einschlägt. Der kommunistische Sozialismus von Überlegenheit führt nicht zum Ziel. Die Lösung der Gewerkschaften liegt nicht in der Einigung, sondern in der Verständigung. Die Gewerkschaften sind die Basis der Arbeiterbewegung. Wir haben die Arbeiterbewegung nicht aufgegeben. Wir haben die Arbeiterbewegung aufgegeben. Wir haben die Arbeiterbewegung aufgegeben.

Müller (Halle) begründet zwei von ihm eingebrachte Resolutionen, wobei er besonderen Wert auf die in einer dieser Resolutionen erhobene Forderung nach Schaffung proletarischer Selbstschutzorganisationen legt. Larnow bittet um Ablehnung. Die Resolutionen enthalten einige gute Gedanken, aber es ist nicht notwendig, daß wir bei jeder gewerkschaftlichen Zusammenkunft die von einer kommunistischen Resolutionsfabrik stammenden Anträge beibringen. Beide Resolutionen werden abgelehnt. Larnow teilt mit, daß der englische Kollege Goslin eingetroffen ist. Dieser hält eine Begrüßungssprache an den Verbandstag, die von Dr. Cassau überlezt wird. Nach einigen Dankworten des Vorsitzenden Larnow an den Gast wird die Sitzung geschlossen. Nachmittagsitzung. Den Bericht der Beschwerdekommision erstattet Wendler (Köln). Soweit es sich um Beschwerden gegen Beschlüsse des Vorstandes handelt, durch welche die Übernahme von Streikkosten auf die Hauptkasse abgelehnt wurde, werden sie meist nach dem Vorschlag der Kommission abgelehnt. Nur die Anträge der Fabrikanten Straßburg, Königshütte, Mannheim und Panitzsch werden angenommen.

Wendler (Köln). Soweit es sich um Beschwerden gegen Beschlüsse des Vorstandes handelt, durch welche die Übernahme von Streikkosten auf die Hauptkasse abgelehnt wurde, werden sie meist nach dem Vorschlag der Kommission abgelehnt. Nur die Anträge der Fabrikanten Straßburg, Königshütte, Mannheim und Panitzsch werden angenommen.

ktion bereits auf dem vorigen Verbandstag vorgegangen. Nachdem die Berliner Kollegen ihre Angestellten ihrer politischen Ansichten wegen auf die Straße gesetzt haben, berührt es eigenartig, daß sie heute Duldbarkeit predigen. Ein Schlusstrang wird angenommen. Vorher erhält aber der Vertreter des A. D. G. B. das Wort.

Graham (A. D. G. B.): Die Bestrebungen zur Schaffung großer leistungsstarker Industrieverbände sind eine Erscheinung, die sich aus den wirtschaftlichen Verhältnissen ergibt. Dieser Tendenz kann man sich nicht widersetzen. Man kann sie aber nicht einfach verwirklichen durch Auflösung benachbarter Verbände. Es ist fraglich, ob der nächste Gewerkschaftstongress schon eine befriedigende Lösung finden wird. In der Frage der Arbeitsgemeinschaften hat man den Eindruck, daß hier ein ähnlicher Kampf geführt wird wie vor 25 Jahren gegen die Tarifgemeinschaften. Auch bei der Bewertung der Arbeitsgemeinschaften sollte man eine zurückhaltende Kritik üben. Keiner von uns ist auf sie eingeschworen. Sie sind eines der vielen Mittel, deren wir uns vorübergehend bedienen, und die wir aufgeben, wenn wir bessere haben. Wir müssen vor allem die Wirtschaft in Deutschland wieder beleben. Die Frage, ob die Taktik der Gewerkschaften richtig ist, hat in letzter Zeit die Geister mächtig erregt. Die Entwicklung der Dinge seit 1918 hat gezeigt, daß wirtschaftliche Geketz und Entwicklungsstadien durch Beschlüsse nicht über den Haufen geworfen werden können. Das haben wir besonders in Rußland gesehen. Dort werden die letzten Naturschätze fremden Kapitalisten in die Hand gegeben, um die Wirtschaft wieder aufzubauen. Dieses Experiment können wir nicht nachmachen. Es ist nicht aufrichtig, wenn die Kommunisten Duldbarkeit von den anderen verlangen, denn wo sie die Macht haben, sind sie absolut unduldsam. In Rußland haben die Gewerkschaften nicht einmal den gesetzlichen Schutz, den wir als selbstverständlich betrachten. Lehrreich ist in dieser Hinsicht das Vorgehen gegen die Moskauer Buchdrucker. Auch in einer kommunistischen Gesellschaftsform werden Gewerkschaften eine absolute Notwendigkeit sein. Mein Wunsch geht dahin, daß wir bald zu einer Verständigung kommen, ehe uns die wiederkehrende Reaktion zusammenschweift.

Larnow (Schlußwort): Es war gut, daß wir auch die Korrekturen gehört haben. Es ist kein Nachmut, wenn ich es ablehne, mich mit Müller über die Grundlagen des Sozialismus auseinanderzusetzen. Die von ihm vorgetragene Ansicht über die Möglichkeit des Kampfes zur Erwerbung der wirtschaftlichen Macht sind so primitiv und kindlich, daß es nicht lohnt, darüber zu reden. Wenn er sagt, daß wir uns das Recht nicht nehmen lassen, uns besonders zusammenzuschließen, wird er die Konsequenzen zu tragen haben. Aber Horn hatte ganz recht. Müller müssen wir behalten, seine Tätigkeit ist ein gutes Mittel, um die kommunistische Propaganda im Verband wirkungslos zu machen. Stöver meinte, wenn die kommunistische Agitation nicht gekommen wäre, dann wäre nicht die unabhängige Opposition gescheitert. In ihren Mitteln war diese Opposition noch streupföher als die heutige, aber sie hatte die Absicht, innerhalb der Gewerkschaft Änderungen in ihrem Sinne zu schaffen. Diese Opposition ist daran gescheitert, daß es ihr gelang, in der Organisation an die Führung zu kommen. Sie erkannte man, daß sie auch keine anderen Mittel anwenden können, und daß sie nur in der Technik noch nicht genügend Erfahrung hatten. Gegen die Arbeitsgemeinschaften ist Stöver kräftig ins Zeug gegangen. Man kann natürlich das Unternehmertum auch außerhalb der Arbeitsgemeinschaft bekämpfen. Wir müssen aber jeden Kampfboden benutzen, der uns zweckmäßig erscheint. Bringen Sie uns nicht in die lächerliche Lage, daß wir Arbeitsgemeinschaften ablehnen, aber Arbeitsgemeinschaftspolitik treiben sollen. Man findet praktische Gemeinschaftsarbeit oft bei Kollegen, die sich im Reden sehr radikal äußern und die Arbeitsgemeinschaften verurteilen. Die Kollegen, die den Ausschluß der drei Kommunisten kritisieren, müssen beweisen, daß jede Organisation ein gewisses Maß von Disziplin haben muß. Wir haben große Nachsicht geliebt, aber auch die muß schließlich ein Ende finden. Was von der kommunistischen Konferenz öffentlich bekanntgeworden ist, genügt, um zu erkennen, daß ihre Beschlüsse in höchstem Maße verhandlungsgefährlich sind. Die Ausschüsse sind sich der Tragweite ihrer Handlungsweise völlig bewußt gewesen. Die vorerlegte Resolution sollte angenommen werden im Interesse der Gesundung unserer Organisation. Wir wollen revolutionär sein, nicht in der Phrase, sondern in der Tat. (Lebhafter Beifall.)

In der Abstimmung wird über die einzelnen Abschnitte der Resolution Larnow getrennt abgestimmt. Der Abschnitt I wird gegen eine Stimme angenommen.

Der Abschnitt II wird mit großer Mehrheit, der Abschnitt III gegen eine Stimme angenommen.

Der Abschnitt IV wird mit großer Mehrheit, der Abschnitt V gegen eine Stimme angenommen.

Demit sind die zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellten Anträge erledigt. Die noch nicht erledigten Anträge werden nach dem Antrag der Vorbereitungskommission abgelehnt.

Müller (Halle) begründet zwei von ihm eingebrachte Resolutionen, wobei er besonderen Wert auf die in einer dieser Resolutionen erhobene Forderung nach Schaffung proletarischer Selbstschutzorganisationen legt.

Larnow bittet um Ablehnung. Die Resolutionen enthalten einige gute Gedanken, aber es ist nicht notwendig, daß wir bei jeder gewerkschaftlichen Zusammenkunft die von einer kommunistischen Resolutionsfabrik stammenden Anträge beibringen. Beide Resolutionen werden abgelehnt.

Larnow teilt mit, daß der englische Kollege Goslin eingetroffen ist. Dieser hält eine Begrüßungssprache an den Verbandstag, die von Dr. Cassau überlezt wird. Nach einigen Dankworten des Vorsitzenden Larnow an den Gast wird die Sitzung geschlossen.

Nachmittagsitzung. Den Bericht der Beschwerdekommision erstattet

Wendler (Köln). Soweit es sich um Beschwerden gegen Beschlüsse des Vorstandes handelt, durch welche die Übernahme von Streikkosten auf die Hauptkasse abgelehnt wurde, werden sie meist nach dem Vorschlag der Kommission abgelehnt. Nur die Anträge der Fabrikanten Straßburg, Königshütte, Mannheim und Panitzsch werden angenommen.

Die Beschwerden der Mitglieder Dieste (Berlin), Stetter (Stuttgart) und Stug (Königsberg) gegen ihren Ausschluß werden mit 172 gegen 76 Stimmen zurückgewiesen.

Boese (Berlin): Wir betrachten diesen Beschluß für einen Fehlbeschluß, weil den Angeklagten keine Gelegenheit gegeben wurde, sich zu verantworten. (Stürmischer Widerspruch.)

Es folgt Punkt 10 der Tagesordnung:

Der nächste Gewerkschaftskongreß.

Tarnow: Dieser Punkt ist auf die Tagesordnung gesetzt, um etwaige Anträge für den Gewerkschaftskongreß zu behandeln. Das ist bereits geschehen durch unsere Stellungnahme zum Punkt 7 der Tagesordnung.

Tornau (Frankfurt a. M.) begründet den Antrag der Vorberatungskommission, den § 33 der Bundesstatuten dahin abzuändern, daß nicht, wie bisher, auf 10 000 Mitglieder, sondern erst auf 20 000 Mitglieder ein Vertreter entfällt. Der Antrag wird angenommen.

Für die Besetzung des Gewerkschaftskongresses schlägt die Kommission vor, 36 Delegierte zu entsenden, und zwar 18 Vorstandsmitglieder, den Redakteur und von jedem Gau 2 Vertreter. Doch soll von diesen nur einer Gauvorsteher sein. Es wird so beschlossen. Die Vertretung des Ausschusses bleibt offen.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung:

Die Internationale Holzarbeiter-Union, berichtet Tarnow kurz den internationalen Holzarbeiterkongreß im Dezember 1919 in Amsterdam. Auf ihm wurde die Internationale Union wieder ausgerufen und beschlossen, den Sitz des Sekretariats nach Amsterdam zu verlegen. Eine vom Kongreß eingesetzte Kommission hat einen neuen Statutenentwurf ausgearbeitet, der den Delegierten vorliegt. Im Anschluß an den internationalen Gewerkschaftskongreß, voraussichtlich im Herbst dieses Jahres, soll ein internationaler Holzarbeiterkongreß stattfinden. Die Vorberatungskommission schlägt vor, ihn durch vier Vertreter zu besetzen, nämlich durch drei Vertreter des Vorstandes und den Redakteur.

Es wird so beschlossen.

Es folgt die Festsetzung der Diäten.

Tornau berichtet über die Beschlüsse der Vorberatungskommission. Sie schlägt vor, an Tagesdiäten für die Delegierten 25 Mk. und für Übernachtungen 20 Mk. zu bewilligen. Außerdem soll als Entschädigung für verkäufte Arbeitszeit je nach der Ortsklasse 62, 57, 52, 48, 45, 42 Mk. pro Tag gezahlt werden. Den Gauvorstehern sollen für ihre Reisen 25 Mk. pro Tag und 20 Mk. für Übernachtungen gewährt werden. Dazu eine monatliche Aufwandsentschädigung von 100 Mk.

Die Vorschläge der Kommission bezüglich der Diäten und der Vergütung für verkäufte Arbeitszeit werden nach kurzer Aussprache angenommen, die Aufwandsentschädigung für die Gauvorsteher wird auf 200 Mk. festgesetzt.

Außerhalb der Tagesordnung wird eine Erklärung der Sozialdemokratischen Partei gehörenden Delegierten aus Berlin verlesen, die gegen die Ausführungen der Kollegen von und Freigang Verwahrung einlegen und dagegen protestieren, daß ihre Fraktion abteilung mit der Konferenz der Kommunisten auf die gleiche Stufe gestellt wird. Dieser Zulammenhang erfolgte, als die zur Sozialdemokratischen Partei gehörenden Mitglieder systematisch aus den Funktionärstellungen entfernt und von den U.S.P.-D. Mitgliedern niedergebriht und bedroht wurden. Die Fraktionsbildung stärkte den Einfluß der sozialdemokratischen Mitglieder, und ihrem Austritt aus der Partei zu danken, daß die Zahlstelle Berlin nicht der Richtung überantwortet wurde und wieder auf den Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit zurückkehrt.

Es folgt Punkt 12 der Tagesordnung:

Wahl der Vorstandsbeamten und Gauvorsteher.

Tornau (Frankfurt a. M., Vorberatungskommission): Bericht auf dem vorigen Verbandstag hat die Wahl der unbefol deten Vorstandsmitglieder eine Rolle gespielt. Entgegen den Erklärungen, die Kollege Boese auf dem Verbandstag abgegeben hat, wurde den Kandidaten die Frage vorgelegt, ob sie auf dem Boden des politischen Rätesystems stehen. Einige der Gewählten glauben, daß sie nicht auf die Stimmung des Gesamtverbandes Rücksicht nehmen müssen, sondern daß sie nur der Zahlstelle Berlin verantwortlich seien. Es ist vorzuziehen, daß die Beschlüsse des Vorstandes der kommunistischen Zentrale zugetragen wurden. Wichtige taktische Fragen wurden im „Kommunistischen Gewerkschafter“ gestellt wiedergegeben, so daß der Leiter der Lohnbewegungen es ablehnen mußte, in der Vorstandssitzung zu berichten. Wir schlagen vor, daß auch die unbefol deten Vorstandsmitglieder vom Verbandstag gewählt werden. Hierzu sollen die Berliner Kollegen eine Vorschlagsliste mit 7 Kandidaten und ebensoviel Ersatzmännern vorlegen. Die Kandidaten wäre, daß die Mitglieder des Ausschusses in der gleichen Weise gewählt werden.

Lindemann (Beisitzer im Vorstand): Bei unserer Wahl wurde nur gefragt, wie wir zum Ausschluß von Roste stehen. Wir ist es nicht bekannt, daß ein Kollege erklärt haben soll, er sei nur der Berliner Zahlstelle verantwortlich. Wir haben bei der Annäherung nur vom Verbandsinteresse leiten lassen. In letzter Zeit ist eine Teubung des Verhältnisses entstanden.

Schlüter (Bremerhaven): Auch die Berliner Kollegen haben ein Interesse daran, daß unser Verband nicht unter politischen Differenzen leidet. Jedenfalls müssen wir hier Ordnung schaffen.

Boese (Berlin): Der Antrag deutet ein Mißtrauen gegen die Berliner Kollegen. Ich weiß es zurück, daß die Berliner nicht die Interessen des Gesamtverbandes im Auge gehabt hätten. Der Artikel im „Kommunistischen Gewerkschafter“ hat die beladeten Vorstandsmitglieder eine bequemere Waffe gegeben. Von der Erklärung, die ich auf dem Verbandstag abgegeben habe, habe ich der Gewerkschaftsleitung berichtet. Es wurde aber beschlossen, die Kandidaten für den Verbandsvorstand nach ihrer Erklärung zum politischen Rätesystem zu fragen. Heute haben die Kollegen der politischen Erregung nicht mehr so sehr. Wir nehmen es ab, Kandidaten zu nennen. Wir haben uns damit noch nicht beschäftigt. Wir kennen auch die Tendenz der Wahl nicht. Vielleicht haben aber die sozialdemokratischen Delegierten schon eine Liste in der Tasche.

Tarnow: Wir haben uns in Berlin vor der Abreise mit der Berliner Verwaltung dahin verständigt, daß hier eine Liste vorgelegt wird. Die letzten Bemerkungen waren also unangebracht.

Mödel (Gera) hat als Gast an der Versammlung in Berlin teilgenommen, in der die Vorstandsmitglieder gewählt wurden. Sie hat einen sehr deprimierenden Eindruck auf ihn gemacht.

Fritsch (Schwäbisch-Hall): Die Versammlungen in Stuttgart geben nicht die Gewähr für eine richtige Wahl. Deshalb ist es richtig, auch den Ausschuß auf dem Verbandstag zu wählen.

Springer (Beisitzer im Vorstand): Wir sind in stürmischer Zeit gewählt, aber unsere Tätigkeit hat bewiesen, daß die richtigen Männer gewählt worden sind. Der Vorstand darf keine Dunkelkammer sein. Grundsätzlich haben wir uns auf die Beschlüsse des Verbandstages und der Städtekonferenzen eingestellt. Gewiß war es uns nicht immer leicht, im Vorstand von der Berliner Meinung völlig Abstand zu nehmen. Dem Artikel im „Kommunistischen Gewerkschafter“ stehen wir fern. Man sagt, in Berlin seien die Kommunisten tot; es kann aber bald die Stunde kommen, wo sie wieder sehr lebendig sind. Ich verzichte auf eine Wiederwahl, aber ich habe das Bewußtsein, meine Schuldigkeit getan zu haben.

Tarnow: Auf dem vorigen Verbandstag hat Boese die bekannte Erklärung abgegeben. Wie die Wahl vorgenommen wurde, unterrichtet ein damals in der „Holzarbeiter-Zeitung“ erschienener Bericht. Wir haben keine Garantie, daß solche Zustände nicht wiederkehren, deshalb unterstützen wir den Antrag der Kommission. Wir glauben den Versprechungen von Boese, aber wir haben kein Vertrauen zu der Berliner Generalversammlung. Den Beisitzern im Vorstand kann ich das Zeugnis ausstellen, daß sie ehrlich bemüht waren, das Gesamtinteresse des Verbandes zu wahren unter Zurückstellung der eigenen Meinung. Das gilt für die Mehrzahl der Beisitzer; nicht für alle. Immer wieder sind Verhandlungen des Vorstandes draußen bekannt geworden. Schließlich ist die Bombe geplatzt durch die Veröffentlichung im „Kommunistischen Gewerkschafter“. Die dort gegebene Darstellung von Vorgängen im Vorstand ist verzerrt und entstellt, aber sie kann nur von unseren Beisitzern stammen. Ich glaube die Garantie übernehmen zu können, daß die Kollegen Springer und Fritsche den Standpunkt des Verbandes wahren werden, obwohl sie Kommunisten sind. Ich möchte sie im Vorstand nicht missen. Die kommunistische Gesinnung soll bei uns kein Grund sein, jemand von einem Ehrenamt auszuschließen. Voraussetzung ist natürlich, daß solche Mitglieder nicht gleichzeitig einer Gegenorganisation angehören. Der Beschluß über die Reingellen, den wir gefaßt haben, muß natürlich auch für die Vorstandsmitglieder gelten. Vorstandsmitglieder, die dem zuwider handeln, müssen sofort entfernt werden.

Pflieger (Stuttgart): Trotzdem wir in Stuttgart mit einer starken Opposition zu rechnen haben, bin ich gegen den Antrag, denn er bedeutet ein Mißtrauen gegen die Zahlstelle. Mißtrauen müssen wir darüber wachen, daß die Gewählten die gefaßten Beschlüsse und die gewerkschaftlichen Grundsätze respektieren.

Kuntke (Breslau): Wenn die unbefol deten Vorstandsmitglieder vom Verbandstag gewählt werden, muß das gleiche auch für die Mitglieder des Ausschusses gelten.

Dorn (Berlin): Daß es in Berlin in der vergangenen Zeit recht bunt zugeht, haben wir in unserer Erklärung ausgesprochen. Aber jetzt steht die Mehrheit der Berliner Kollegen auf dem Boden von Amsterdam, wie die Urabstimmung sowie die Wahlen zum Verbandstag beweisen. Von dem üblen Gebrauch, bei Wahlen nach der Parteizugehörigkeit zu fragen, ist man jetzt abgekommen. Viele Ansätze zur Besserung würden gestört, wenn die vorliegenden Anträge angenommen würden. Zur Besserung der Verhältnisse wird es auch beitragen, wenn die U.S.P.-D. Kollegen aufhören wollten, nach ihrer alten kommunistischen Liebe zu spielen.

Tornau (Vorberatungskommission): Bei unserer gemeinsamen Sitzung in Berlin hat Boese erklärt, in einer am gleichen Abend abgehaltenen Sitzung der Berliner Funktionäre sollten die Vorschläge gemacht werden. Deshalb war dessen Bemerkung hier unangebracht.

Boese (Berlin): Die Konferenz mit dem Vorstand und der Vorberatungskommission fand am Abend vor unserer Abreise zum Verbandstag statt. In der Vertrauensmännerkunft kamen wir nicht zur Aufstellung einer Liste. Wir haben im engeren Kreise eine Liste aufgestellt, doch lehnten die Vorgesetzten ab. Wir haben jetzt nicht die Möglichkeit, einen Vorschlag vorzulegen und können auch eine Gewähr dafür nicht übernehmen, daß die etwa Gewählten die Wahl annehmen.

Der Antrag, daß der Verbandstag sieben Vorstandsmitglieder und Ersatzmänner wählt, wird angenommen.

Tornau: Nunmehr stellt die Kommission den Antrag, auch den Ausschuß auf dem Verbandstag zu wählen. Die gegenwärtigen Mitglieder des Ausschusses sollen für die kommende Periode bestätigt werden. Etwaige Ersatzwahlen sind in Stuttgart vorzunehmen.

Müller (Halle): Wir haben beantragt, daß auch der Ausschuß seinen Sitz in Berlin haben soll.

Ciele (Stuttgart) erklärt sich gegen den Antrag der Kommission.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Tornau schlägt vor, die bisherigen besoldeten Vorstandsmitglieder per Klamation zu wählen.

Die Wahl der Kollegen erfolgt einstimmig.

Tarnow dankt für die Wahl. Die einstimmige Wahl hatte ich eigentlich nicht erwartet. Wir glaubten noch warten zu müssen, bis wir wieder einstimmig gewählt werden. Wir erkennen die Bedeutung dieses Vertrauensvotums an, und wir werden bemüht sein, es auch weiterhin zu rechtfertigen.

Tornau: Für die unbefol deten Vorstandsmitglieder klopfen wir eine Liste vor, die Angehörige aller Parteien enthält. Nämlich die Kollegen Springer, Lindemann, Prof. Lemke, Deburg, Reised, Fritsche, als Ersatzmänner Bauer, Gathe, Leopold, Wrangel, Kube, Orwald, Siedt, Ciele und Willhard.

Springer: Ich nehme eine Wahl nicht an; was hier beschlossen wurde, widerspricht meinem Gewissen.

Fritsch: Nachdem der Ausschluß unserer kommunistischen Kollegen bestätigt wurde, kann ich eine Wiederwahl nicht annehmen.

Boese (Berlin): Von den Vorgesetzten sind neun nicht anwesend. Von verschiedenen weiß ich, daß sie die Wahl nicht annehmen. Der gefaßte Beschluß ist also nicht durchführbar.

Wendler (Köln): Es soll Obstruktion getrieben werden, das geht aus Boeses Mitteilungen hervor. Die Liste wird wohl für die zweijährige Periode ausreichen.

Dorn (Berlin): Es sind drei Kollegen genannt worden, die mir unbekannt sind, obwohl ich seit 1905 agitatorisch in Berlin tätig bin.

Freigang (Berlin): Ich als Bevollmächtigter von Berlin weiß nicht, wie die Liste zustande gekommen ist.

Tarnow: Bei den Vorbesprechungen befürchtete ich Sabotage der Wahl. Diese Vermutung ist entkräftet zurückgewiesen worden. Es scheint aber, daß solche Versuche gemacht werden. Wenn Freigang von dieser Liste nichts weiß, dann mag er seine Liste vorlegen. Man will den Verband in Schwierigkeiten bringen. Dann bitte ich die anderen Berliner Kollegen, die den Verbandstag unterstützen wollen, uns bis morgen früh eine andere Liste zu geben. Also ich bitte die Berliner Delegation in ihrer Gesamtheit oder einzelne Teile von ihr, uns bis morgen eine Liste vorzulegen.

Frißl (München): Das ist ein ganz unglücklicher Zustand. Wir müssen die Wahl den Berliner Kollegen überlassen.

Bauer (Berlin): Dieser Wahlvorgang ist ganz unmöglich. Wenn schon die beiden Vorsitzenden der Zahlstelle die gehörten Erklärungen abgegeben, ist es uns unmöglich, im Vorstand mitzuarbeiten, trotz unseres guten Willens. Wir können den Versuch einer Verständigung machen, aber Erfolg verspreche ich mir nicht.

Rücker (Berlin): Nach Lage der Dinge werden wir für diesmal die Wahl der Berliner Zahlstelle überlassen müssen. Das wird auch zur Gesundung der Berliner Verhältnisse beitragen.

Die Wahl wird bis morgen vertagt.

Tornau beantragt Wiederwahl der sämtlichen Gauvorsteher.

Müller (Halle) beantragt die Wahl der Gauvorsteher durch die Gantage. Der Antrag wird abgelehnt und die Gauvorsteher wiedergewählt.

Es folgt Punkt 9 der Tagesordnung.

Beratung der Statuten und Anträge.

Tornau (Vorberatungskommission) berichtet über die vorliegenden Anträge. In den meisten Fällen folgt der Verbandstag den Vorschlägen der Kommission. Zum Teil ohne Debatte, zum Teil nach kurzer Aussprache wird eine Reihe von Anträgen erledigt. Von den gefaßten Beschlüssen sind die folgenden zu erwähnen: Im Verbandsstatut wird die Bezeichnung „Zahlstelle“ in „Verwaltungsstelle“ abgeändert. Für neugewonnene Mitglieder wird in Zukunft an Stelle des Mitgliedsbuches für das erste Jahr eine Mitgliedkarte ausgestellt. Das Beitrittsgeld wird auf 2 Mk. bzw. 1 Mk. erhöht. Den Mitgliedern, die aus ausländischen Verbänden bei uns eintreten, werden die geleisteten Beiträge ihrem Werte nach angerechnet.

Ein Antrag, der die Zahlstellen verpflichtet, den Beitrag in der statutenmäßigen Höhe zu erheben, wird mit einem von der Kommission vorgeschlagenen Zusatz angenommen, der den Verbandsvorstand beauftragt, die Innehaltung dieses Beschlusses nötigenfalls mit den statutenmäßigen Mitteln zu erzwingen.

Die Anträge, welche die Einführung weiterer Beitragsklassen bezwecken, werden gemeinsam mit denen behandelt, die sich mit den Unterstützungseinrichtungen beschäftigen.

Tornau führt aus, daß die Vorberatungskommission der Meinung sei, daß die Einführung weiterer Beitragsklassen nicht erforderlich sei. Das Statut gestattet die Erhebung von Solatbeiträgen. Wenn davon Gebrauch gemacht wird, besteht kein Hindernis, Zuschüsse zu den Unterstützungen zu zahlen. Von einem Abbau der sozialen Unterstützungen kann keine Rede sein, die Arbeitslosenunterstützung kann überdies als eine Kampfunterstützung angesehen werden. Eine Erhöhung der Unterstützungen ist aber bei den gegenwärtigen Beiträgen auch nicht möglich. Wir können höhere Unterstützungen nur beschließen, wenn wir gleichzeitig für Deckung sorgen.

Hier wird abgebrochen.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 11. Juni.

Man kommt zunächst auf die zurückgestellte Wahl der unbefol deten Vorstandsmitglieder zurück.

Boese (Berlin) gibt eine Erklärung der Berliner Kollegen ab, in welcher diese einstimmig aussprechen, daß sie den Beschluß des Verbandstages für unausführbar halten, weil sie keine Garantie dafür übernehmen können, daß die Vorgesetzten geeignet sind und eine Wahl annehmen. Deshalb soll für diese Periode die Wahl in Berlin vorgenommen werden. Für den nächsten Verbandstag wird die Berliner Verwaltungsstelle eine Vorschlagsliste vorlegen.

Nachdem Siefeld (Berlin) gegen diese Ausführung polemisiert hat, schlägt

Tarnow vor, die beschlossene Änderung in das Statut aufzunehmen, aber die diesmalige Wahl den Berliner Kollegen zu überlassen. Nur die Kollegen Lindemann und Lemke sollten vom Verbandstag gewählt werden, um zu verhindern, daß sie, was zu befürchten ist, in Berlin nicht wieder gewählt werden, weil sie im Vorstand für den Ausschluß der Kommunisten gestimmt haben.

Lindemann erklärt für sich und Lemke, daß sie bereit seien, im Vorstand mitzuarbeiten, er bittet aber, die Wahl nicht hier vorzunehmen, sondern ihm zu gestatten, sich in Berlin zur Wahl zu stellen.

Nach kurzer Aussprache wird der Antrag Tarnow angenommen. Die Kollegen Lindemann und Lemke sind also gewählt; die Wahl der übrigen Beisitzer erfolgt durch die Verwaltungsstelle Berlin.

Nunmehr wird in der

Statutenberatung

fortgesetzt. Zur Debatte steht der Vorschlag der Vorberatungskommission, in der Höhe der Beiträge und der Unterstützungen keine Änderung vorzunehmen.

Nach längerer Debatte wird beschlossen, daß Beiträge und Unterstützungen unverändert bleiben.

Angenommen werden die Anträge des Vorstandes, welche für die Kurzarbeiter eine Erleichterung des Bezuges von Arbeitslosenunterstützung ermöglichen sollen.

Abgelehnt werden alle Anträge, welche eine Änderung des Anteils der Sozialkassen an den Verbandsbeiträgen wünschen.

Die Einteilung der Wahlabteilungen geschieht auf Grund des dem Verbandstag vorangehenden vorletzten Vierteljahrsabschlusses in der Weise, daß die Gesamtzahl der Mitglieder durch 200 geteilt wird.

Die Anträge auf Abschaffung der Listenabrechnung werden abgelehnt. Doch wird der Vorstand ermächtigt, den größeren Zahlstellen in dieser Hinsicht Erleichterungen zu gewähren.

Der vom Vorstandsvorstand vorgelegte Entwurf für eine Unterstützungskasse, der von Jahr begründet wird, löst eine Debatte aus, in welcher die Einführung einer solchen Einrichtung von einigen Delegierten entschieden abgelehnt wird.

Die in Nr. 17 der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlichte Vorlage wurde angenommen mit der einzigen Änderung, daß im § 4 der von jeder Zahlstelle zu leistende Jahresbeitrag statt auf 50 Pf. pro Mitglied auf 3 pro Mille der vereinnahmten Verbandsbeiträge bemessen wird.

Ein Antrag, über die Einführung der Unterstützungskasse eine Urabstimmung vorzunehmen, wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag der Beratungskommission, dem verstorbenen Verbandsvorsitzenden Adam Neumann ein Grabdenkmal zu errichten, wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Einstimmige Annahme findet auch eine Entschließung, in welcher der Verbandstag seine Entrüstung und seinen Abscheu über die Ermordung des Führers der bayerischen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck bringt.

Die Bestimmung des Ortes für den nächsten Verbandstag wird dem Vorstand überlassen, doch soll er, wenn möglich, Kassel wählen.

Damit sind die Verhandlungen des Verbandstages beendet.

Der Vorsitzende Tarnow spricht der Hamburger Verwaltungsstelle und besonders dem Sozialkomitee den Dank aus. Er wirft dann einen kurzen Rückblick auf die geleistete Arbeit, die uns im allgemeinen befriedigt hat.

Unsere Lohnbewegung.

Aussperrung der Sägereiarbeiter in Mecklenburg.

Nachdem infolge des rigorosen Vorgehens der Sägereibesitzer in Mecklenburg unsere Kollegen in einigen Orten in den Streik getreten sind, haben die Unternehmer ihre Drohung zur Tatsache werden lassen und am 6. Juni in nahezu allen Orten Mecklenburgs die Sägereiarbeiter ausgesperrt.

In der Südpfälzischen Sägewerkindustrie ist das mit unserem Verband abgeschlossene Lohnabkommen zum 30. Juni gekündigt worden. Die Arbeitgeber verlangen einen Lohnabbau von 10 Prozent.

In Verleberg streiten die Tischler aller Betriebe, außer bei der Firma Heinrich, und die Grubenholzarbeiter der Firma Schmeppert und Josphording.

Gestorbene Mitglieder:

- Breslau, Hermann Scholz, Tischler, 79 J. — Frau Schneider, Hilfsarbeiter, 20 J. — Saragrad, Ludwig Roth, Kammerer, 67 J. — Böhler, Wilhelm, Schreiner, 29 J. — Luffe, Eduard, Kammerer, 17 J. — Grätzart, A. Mathias Grab, Schreiner, 60 J. — Johannsburg i. Ostpr., Friedr. Gottschalk, Tischler, 23 J. — Wittenberg, Johann Kronscher, Polierer, 56 J. — Georg Ruppert, Schreiner, 39 J. — Elise Schmidt, Kammerer, 45 J. — Johann John, Schreiner, 43 J. — Michael Runt, Schreiner, 43 J. — Paul Scholze, Tischler, 37 J. — Weidheim i. Sa., Arno Reichel, Stubhauer, 21 J. — Ehre ihrem Andenken!

Wilhelm Häbner, Tischler, geb. 22 März 1876 in Sigmundshagen, Oberreisbach (Bohlm.), Sudenauer A 19265, zuletzt Reichenbach i. Vogtl. wohnhaft, wird ersucht, den Verpflichtungen bei seiner Abreise nachzukommen.

Meister und 10 Tischler, welche auf eingearbeitet sind, für sofort gesucht. Lohn für Tischler 4,95 Mk. Schriftliche Angebote von Unberechtigten an Richard Behrmann, Möbelfabrik, Saage in Mecklbg.

Ein jüngerer lediger Tischler für Bau- u. Möbel für landlichen Betrieb gesucht. Maschinen vorhanden. Alfred Bannier, Birkelstraße bei Boneke (Kreis Salzwedel).

Suche für sofort einen ledigen tüchtigen Bau- und Möbeltischler. Carl, Bau- und Möbeltischler, Br.-Friedland, Westpr. Tüchtige Möbeltischler für dauernde Beschäftigung gesucht. Rich. Goppmann, Radeburg G., Fichtestraße 35.

3 bis 5 Schreiner in Alter von mindestens 22 Jahren von Bureauarbeit. Brief gesucht. Reich. sind zu richten an Ad. Riefersheimer, Volkach in Baden.

Hauswerkmeister gesucht. Carl Müller, Dresden, Wettinstraße 32.

Vorarbeiter, mit guten Erfahrungen im Maschinenbau, zu suchen und in der Maschinenfabrik, wird gesucht von C. S. Schmidt, Möbelwerk, Pöppel i. Thür.

Tischlermeister, gerüstet, 35 J., energisch, erfahren in Möbel- u. Vorderarbeiten, an alle Arbeiten gewöhnt, mit Kalkulation, Lohn- u. Abrechnung sowie mit Maschinen vertraut, sucht sich zu verändern als Werkmeister oder auch als Betriebsleiter in größerem Betrieb. Adressen: G. A. 54 an d. Exped. d. Zig. erb.

Tüchtige Möbeltischler sofort gesucht bei Richter Bauer, Holzwarenfabrik, Erosdorf b. Köln.

Gastfänger, tüchtig, für Holz- u. Holzwaren, sucht, stellt sofort ein. Ad. Riefersheimer, Pöppel i. Thür. 1 Drechsler und 2 Bohrer in der Holzwarenfabrik, Erosdorf b. Köln. Selbständige Maschinenführer gesucht. Ed. Reichel, Köln, Heerstraße 36-46.

Als Teilhaber kann sofort ein tüchtiger und erfahrener Bau- und Möbeltischler mit 8000 bis 10000 Mark in eine gutgehende Tischlerei eintreten. Off. unter S. N. 550 befördert die Exped. d. Zig.

Durchaus Maschinenführer (gelernter erfahrener Schreiner) als Vorarbeiter gesucht. Etwas Kenntnis von Elektromotoren erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Bonn-Beueler Möbelfabrik, Beuel a. Rh., Spezialfabr. f. eich. Schlafzimmer.

Ein tücht. Kesselbauer, der mit Zeichnen, lediger Kalkulieren u. Zuschneiden vertraut ist, gesucht. Logis und Kost kann auf Wunsch gestellt werden. Meldg. bei R. Rattwinkel, Hagen (Westf.), Bismarckstr. 6.

Mehrere Polierer per sofort gesucht. Off. tüchtige mit Angabe der seitherigen Tätigkeit, Alter usw. an Wilhelm Arnold, Pianofabrik, A. Schaffenburg am Main.

Tüchtiger Drechsler, welcher an der Rund- von Tischfüßen gut eingearbeitet ist, für sofort gesucht. Selbiger muß mit dem Einsetzen der Messer sowie in der ganzen Fabrication von Tischfüßen, insbesondere mit der Schleiferei, gute Erfahrungen besitzen. Angebote möglichst von ledigen Bewerbern, wegen Wohnungsmangels. Desgleichen ein tücht. Sägemüller für die Kreisäge für sofort gesucht, welcher mit dem Einschneiden von Buchen- und Eichenlatten gut vertraut ist und das Holz gut auszunützen versteht. Wilhelm Niemeier, Quinger Holzbearbeitungsfabrik, Duingen in Hannover.

Holzdrechsler, in allen Arbeiten der Bau-, Möbel- und Modellbranche erfahren, sucht gute, dauernde Stellung, am liebsten in Modellfach. Alter 31 Jahre, ledig, selbständig arbeitend, kann sofort eintreten. Ang. bitte an die Zahlstelle d. D. S. B. A. 1078 leben a. Harz, D. 8, einzureichen.

Tücht. led. Hartgummidreher für Füll- junger Holzdrechsler finden dauernde, lohn. ein- Beschäftigung. Auf- enthaltsbewilligung vorhanden. Offerten sind zu richten an Albert Schweigert, Füllfeder- halterfabrik „Asa“, Ronitz (Bodensee).

Stellmachermeister, ältester Kraft, der in ersten Karosserie- fabriken gleiche Stellung inne hatte, zum mög- lichst sofortigen Eintritt gesucht. Angebote mit Foto- bild und Gehaltsansprüchen erbeten an Karl Dentich, G. m. b. H., Karosserie- werk, Köln-Deussfeld, Parweg Nummer 92.

Gesucht tüchtige ledige Stellmacher. Friedrich Richter & Co., A.-G., Rathenow.

Gesucht 1 Korbmacher auf Gehilfenarbeit, 1 Korbmacher auf Gehilfenarbeit. F. Jöpiger, Bremen, Löhner Straße 75.

Kommunalfahrer Korbflechterbetrieb im nördlichen Teil Ostpreußens sucht ge- lernte ledige Grünforbarbeiter. Auskunft erteilt das Stadt. Arbeitsamt Rastadt b. Rastburg.

Möbel- und Bautischlerei mit erstklassigen Maschinen, alles in vollem Betrieb, in waldreicher Stadt Mecklenburgs gelegen, sofort veräußert. Für tücht. Fachleute blühende Existenz. Das Geschäft besteht über hundert Jahre in der gleichen Familie. Anfragen unter Chiffre J. P. 551 an die Exped. dieser Zeitung.

Werkzeug Tischler Neuheiten Bildhauer. Wollen Sie Werkzeuge kaufen, dann verlangen Sie sofort vorher den Hauptkatalog mit Preis- listen von OTTO BERGMANN Berlin SO 33, Oppelner Straße 31.

Bildhauerbänke mit Eisenspiedel, eigenes Fabrikat, durchgehend Rohbuche, garantiert trocken, z. B. 1,40 m lang 430 Mk. Oskar Seifert, Harthaus, Sa.

Hölzerno und eiserne Schabholer, eiserne Hobelbankspindeln, eis. Furnierbockspindeln, Hobelbank- haken, Langlochbohrer u. Band- sägen sowie sämtl. Werkzeuge liefern sofort und preiswert W. Zemmrich & Sohn, Dresden-A. 1, k., Josephinenstr. 22.

Schellack kauft zu höchst. Preisen Stephan, Berlin NO 43, Neue Königstr. 87.

Leim, Schellack kauft Kischinat, Berlin O. 112, Seumestr. 18 (Wismarplatz).

HOLZKITZ reine Schellackware in allen Farben, Stange 2,25 Mark. G. HELWIG Fabrik feiner Lacke, Polituren, Beizen und Mattspinnstoffe Frankfurt am Main-West.

1a Tafelleim, pro Kilo 14,- Mark, gibt ab 1a Tafelleim, Stephan, Berlin, Neue Königstr. 87.

1a Tafelleim, kg 13 Mark, Ledermilchleim 14 Mk., Lederleim rein 17 Mk., gibt ab in 4 1/2- u. 5 1/2-kg-Pak. Faaz Kischinat, Berlin O 112, Seumestr. 18.

Schöne Intarsien-Holzleinlagen für Möbel, Schatullen Maxim. Weiß, Witzburg 2. Holzbeizen in all. Farbtönen 5 Mk. pro kg. Wachsbeizen in allen Farbtönen 8 Mk. p. kg. Schellackmattse, hellblond 48 p. Ltr. dunkelblond 38 p. Ltr. In Emailleweiß für Küchen usw. 20 p. kg. Polier- und Schleiföl 10 p. Ltr. In Möbellack, hell 20 p. kg. Sarglack, schwarz glänzend 18 p. kg. farblos 16 p. kg. Farben- u. Lackentferner, dickflüssig, laugefrei 15 p. kg. Farben- und Lackentferner, in Pulver zum Anrühren in Wasser 5 p. kg. Probekannen von 2 1/2 und 5 kg bzw. Liter Inhalt gegen Nachnahme. Chem. Fabrik Rud. Oehke, Berlin SO 116, Lübener Straße 1. Telephon: Moritzplatz 1709.

Unentbehrlich für jeden Kollegen ist das Fachbuch „Der chemisch-technische Prozeß der Beizerel und Poliererel.“ Preis 10,- Mk. ohne Porto u. Nachnahme. Zu bez. v. Verfasser, Fachlehrer W. Diederichs, Barmen, Christbuschstr. 32.

Gebrauchst. Qualitäts- Gestell-Sägen mit 1a Qualität Silber- teilblatt, echter Handflücherrippenung. Verbindung zwischen Steg u. Arme durch eil. Stegmuffen. Leicht im Gewicht. Schlitzsägen, 70 cm, 26 Mk., Abblat- sägen, 55 cm, feine Zähne, 22 Mk., Schweiflägen 22 Mk., Aushängschweiflägen 23 Mk., Zinkensäge 25 Mk., bei 3 Stück franko. Sägemuffen, einzeln, für alle Sägen, hellend, Paar 2,50 Mk. Werkzeugfabrik M. Hieffinger, Nürnberg.

Schlagmetall kauft Willi Otto, Vergolder, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 115.

Fachblatt Abonnement Ab 1. Juli 1921 beträgt der Abonnementspreis für das „Fachblatt für Holzarbeiter“ bei Bezug durch die Zahlstellenverwaltung 5 Mk. pro Vierteljahr. Wir bitten die Ortsverwaltungen, die Preis- erhöhung zu beachten. — Gleichzeitig er- suchen wir, den Bedarf für das III. Quartal so bald als möglich an die untenstehende Adresse mitzuteilen. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter- Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2. — Postscheckkonto: 28397.

Tischlerfachschule Ilmenau i. Thür. Ausbildung schnell und gründlich! Austausch erteilt gern die Direktion.

Tischlerschule Blankenburg (Hart) Ausbildung als Kalkulator, Werkmeister und Zeichner — Meisterprüfung Programm frei. Dir. REINERDING.

Kunstgewerbliche Tischler-Fachschule Cöthen Erste deutsche Holz- u. Tischlermeisterschule. Spezialkurse für Betriebsbeamten. Programmkosten. Die Direktion.